

Wie die Löffelente bis nach Brüssel kam - oder: Wie sucht man nach europäischen Bewegungen?

Zorn, Annika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zorn, A. (2002). *Wie die Löffelente bis nach Brüssel kam - oder: Wie sucht man nach europäischen Bewegungen?* (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung, 02-701). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-113062>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“
des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

P 02-701

**Wie die Löffelente bis nach Brüssel kam
- oder: Wie sucht man nach europäischen Bewegungen? -**

Annika Zorn

September 2002

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin

Diese Arbeit entstand im Rahmen der Veranstaltung „Rebellisches Europa“ bei Prof. Dr. Klaus Eder, Humboldt-Universität zu Berlin. Ihm und den KursteilnehmerInnen sei hier gedankt. Des weiteren danke ich Dr. Ruud Koopmans und Prof. Dr. Dieter Rucht für die hilfreiche und konstruktive Kritik an der ersten Fassung dieses Papiers, Christian Galonska und der Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“ des WZB für Kommentare. Für Mängel und Ungereimtheiten bin natürlich ich allein verantwortlich.

Zitierweise:

Zorn, Annika, 2002:

Wie die Löffelente bis nach Brüssel kam

Discussion Paper P 02-701.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Zusammenfassung

Seit einigen Jahren richten Bewegungsforscher vermehrt ihre Aufmerksamkeit auf die Frage, ob sich seit der Formierung der Europäischen Union europäische soziale Bewegungen herausbilden. Diese Arbeit untersucht anhand des Naturschutzkonflikts „Natura 2000“, ob diese Auseinandersetzung als Teil einer solchen europäischen sozialen Bewegung verstanden werden kann. Dazu wird zunächst ein Konzept einer europäisierten Bewegung entwickelt, das die Formen kollektiven Handelns und dessen argumentativer Einordnung im Rahmen der Europäischen Union als ein Zusammenspiel der Akteure auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene versteht. Damit kann nachgeprüft werden, ob sich die genutzten Handlungsrepertoires nach den Ebenen unterscheiden, durch Interdependenzen der Akteure jedoch in einem Zusammenhang stehen. Für den beispielhaft vorgestellten Naturschutzkonflikt kann aufgezeigt werden, dass die Akteure einen europäischen Handlungsraum kennzeichnen.

Abstract

For several years now students of social movements have been turning their attention to the question of whether european social movements are emerging in the context of the European Union. This paper examines the case of the environmental conflict „Natura 2000“ to see if this can be understood as an example of such an european social movement. First, a concept is developed for an europeanized social movement. This attempts to understand the collective action forms and their argumentive position in the framework of the European Union as a game between actors at the local, national, and european levels. It thereby becomes possible to test whether the action forms that are used at the different levels are related to the interdependencies of the actors. For this case of environmental conflict, we can show that there is indeed a European action field for contention.

Inhaltsverzeichnis

<i>1. Einleitung</i>	<i>1</i>
<i>2. Forschungsstand und Fragestellung</i>	<i>3</i>
2.1. Soziale Bewegungen und ihr Erscheinen in Europa.....	4
2.2. Eine europäisierte Perspektive.....	7
<i>3. Naturschutz in Europa</i>	<i>13</i>
<i>4. Von der Frage zu den Daten und Auswertung</i>	<i>16</i>
4.1. Die Protestereignis-Analyse: Aktionsformen der Ebenenakteure	17
4.2. Die Analyse der Ebenenbezüge: Interdependenzen der Bewegungsakteure.....	25
<i>5. Das Mehrebenenspiel und die Rolle der Akteure</i>	<i>28</i>
<i>6. Ausblick</i>	<i>30</i>
<i>Anhang</i>	<i>32</i>
<i>Bibliographie</i>	<i>35</i>

1. Einleitung

„Spätestens jedoch, wenn im Frühjahr und Herbst Tausende von Löffelenten auf ihrem Vogelzug im Mühlenberger Loch rasten, wird klar, dass die Finkenwerder Elbbucht nicht nur für Hamburg ein bedeutender Naturraum ist, sondern für ganz Europa.“¹

Im September 1997 bahnt sich im Stadtstaat Hamburg kurz vor den Landtagswahlen ein Konflikt an. Der Flugzeugproduzent Daimler-Chrysler Aerospace Airbus GmbH (Dasa) äußert den Wunsch, seine Werksfläche erweitern und die Landebahn verlängern zu dürfen, falls der Riesenflieger A3XX gebaut werden sollte. Das strukturschwache Hamburg greift das Anliegen gerne auf und beschließt, sich in Konkurrenz zu zwei weiteren europäischen Städten um den Standort zu bewerben. Das Wirtschaftsunternehmen und die Landesregierung sind sich einig. Die unverbindliche Zusage an die Dasa bildet jedoch den Auslöser eines mehrjährigen Naturschutzkonflikts zwischen politischen Machthabern und Hamburgs ökologischer Bewegung. Für die Erweiterung der Fläche müsste das Mühlenberger Loch zugeschüttet werden, Deutschlands größtes Süßwasserwatt und die Heimat der Löffelente. Während der Koalitionsverhandlungen drängt die Hamburger ökologische Bewegung die Grüne Alternative Liste (GAL), die zum ersten Mal an der Regierung beteiligt ist, die schützenswerten Flächen in Hamburg endlich bei der Europäischen Union (EU) vollständig zu melden. Als das Mühlenberger Loch, das als einziges Gebiet von der Landesregierung noch nicht als Naturschutzgebiet angemeldet ist, von der GAL für 4000 fragwürdige Arbeitsplätze in den Koalitionsvereinbarungen aufgegeben wird, zählen die Umweltschützer nicht mehr auf ihre grünen Verbündeten im Parlament und werden in anderer Form aktiv.

In Hamburg formiert sich ein breiter Widerstand, der mit vielen unterschiedlichen Aktionen versucht, die Heimat der Löffelente zu erhalten. Die Hamburger ökologische Bewegung fängt an, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und fachliches Hintergrundwissen zu sammeln. Als das Planfeststellungsverfahren eingeleitet wird, formulieren sieben Umweltgruppen ihren Widerspruch und bei dem anschließenden Erörterungstermin tragen 2500 AnwohnerInnen und mehrere Naturschutzverbände Einwendungen vor. Auch Straßenproteste, Kundgebungen und Informationsveranstaltungen klären auf und mobilisieren die Öffentlichkeit. Nachdem sogar eine Fläche für die Airbus-Produktion zur Verfügung gestellt werden soll, die weit über das im Planfeststel-

1 Taz vom 5.7.1999.

lungsverfahren angegebene Maß hinaus geht, gründete sich das „Schutzbündnis für Hamburgs Elbregion“, in dem 29 Vereine und Verbände mit mehr als 30.000 HamburgerInnen vereinigt sind. Das Bündnis, dem Obstbauern, die freiwillige Feuerwehr, Seniorenvereine genauso angehören wie Umwelt- und Naturschutzgruppen, versucht das Mühlenberger Loch durch Protest zu erhalten.

Der Streit um das Mühlenberger Loch ist einer von vielen Konflikten, die wir aus der deutschen Ökologiebewegung kennen. Die Bewegung hat in den letzten Jahrzehnten ein breites Handlungsrepertoire entwickelt, mit dem sie versucht, von außen Druck auf die Institutionen auszuüben. Mit ihren Aktionen tragen die Umweltaktivisten Themen auf die politische Bühne und nehmen so am politischen Geschehen teil. Der Widerspruch der Hamburger wurde jedoch nicht einleitend vorgestellt, um die Fallstudie eines regionalen deutschen Naturschutzkonfliktes anzukündigen. In der Bundesrepublik erscheint zwar die regionale Ebene zunächst sehr interessant, um Politikgestaltung und soziale Bewegungen aufeinander zu beziehen, da entsprechend der föderalen Struktur der Bundesrepublik die Bundesländer für weite Bereiche des Naturschutzes zuständig sind. Der Streit um das Mühlenberger Loch veranschaulicht in der Tat sowohl nationale als auch regionale Besonderheiten. Bei einer genaueren Betrachtung des Streits um das Mühlenberger Loch fällt jedoch auf, dass Naturschutzpolitik über den regionalen und nationalstaatlichen Kontext hinausreicht, da sich transnationale Institutionen der Europäischen Union in den Konflikt einmischen.

Aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven haben sich ForscherInnen seit der Formierung der Europäischen Union auf die Suche nach europäischen Bewegungen begeben. Der normative Gehalt des demokratischen Projekts Europa soll damit ebenso erfasst werden wie empirisch angelegte Studien den Zusammenhang von politischen Strukturen und Formen kollektiven Handelns anhand einer solchen Bewegung nachprüfen wollen. Diese Studien geben uns möglicherweise Erklärungen für das neue Projekt Europa, in dem sich eine politische Gemeinschaft etabliert, die nicht mehr dem Nationalstaat entspricht (Eder 2000).

Im Folgenden soll zunächst aufgezeigt werden, dass die Europäische Union tatsächlich einen sinnvollen und interessanten Rahmen bietet, um soziale Bewegungen zu betrachten, die nicht mehr ausschließlich innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens zu verstehen sind. Neuere Studien der Bewegungsforschung weisen bei der Suche nach einer europäischen Bewegung jedoch eine unnötige Verkürzung der Perspektive auf, da sie oftmals nur das Zusammenspiel von EU-Institutionen und EU-Akteuren betrachten. Veränderungen bereits bestehender Protestkulturen nationaler und subnationaler Akteure werden in eine Suche nach einer europäischen Bewegung nicht einbezogen. Gegen diesen sehr eng gefassten Begriff einer europäischen Bewegung soll ein Begriff einer *europäisierten Bewegung* entwickelt werden, der Veränderungen des kollektiven Handelns und dessen argumentativer Einordnung im Rahmen der Europäischen Union an-

gemessener erfasst. Die so bezeichneten *europäisierten Bewegungen* entstehen in dem vorgestellten theoretischen Rahmen durch Interdependenzen der Akteure auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Die Akteure weisen sich in diesen interdependenten Bezügen unterschiedliche Rollen zu, so dass unterschiedliche Handlungsformen auf den jeweiligen Ebenen auftauchen. Konventionelle Handlungen von europäischen Gruppen, wie beispielsweise Lobbying, können so in einen Zusammenhang mit lokalen Protesthandlungen gebracht werden. Nach der Erläuterung des neuartigen Zugangs möchte ich diesen auf den Naturschutzkonflikt „Realisierung des Projekts Natura 2000“ anwenden, der auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ausgefochten wird. Im Bereich der Naturschutzpolitik haben sich zunehmend Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagert. Im Fall des Mühlenberger Lochs hat sich durch die zunehmend auch europäische Gestaltung der Naturschutzpolitik der Ausdruck der ökologischen Bewegung ebenfalls auf lokaler Ebene verändert. Diese Veränderung kann durch eine Betrachtung der Interdependenzen von Akteuren auf verschiedenen Ebenen besser verstanden werden. Der Naturschutzkonflikt „Natura 2000“ bietet sich an, um *Politik* und *Politik mit anderen Mitteln* in Zusammenhang zu bringen und das hier vertretene theoretische Konzept einer europäisierten Bewegung anhand eines empirischen Beispiels vorzustellen.

2. Forschungsstand und Fragestellung

In historischer Perspektive stellte Tilly (1986) eine Verlagerung des Protesthandelns von der lokalen auf die nationale Ebene durch die Herausbildung der Nationalstaaten fest. Nationale Bewegungen bildeten den zentralen Gegenstand der Bewegungsforschung und Differenzen des kollektiven Handelns wurden durch unterschiedliche nationalstaatliche Einbettungen erklärt. Nachdem vor allem die vergleichende Perspektive des Ansatzes der „Political Opportunity Structure“ die nationalen Unterschiede der neuen sozialen Bewegungen herausarbeitete (Kitschelt 1986; Kriesi et al. 1995), richtet sich seit einigen Jahren die Aufmerksamkeit verstärkt auf transnationale Aspekte von sozialen Bewegungen. Ihrem universalistischen Anspruch gemäß sollen sich Bewegungen in einem linearen Prozess ihrer nationalen Verwurzelung und Prägung entledigen und als transnationale Bewegungen gedacht werden. Internationale politische Bühnen, transnationale Netzwerke und globale Herausforderungen scheinen zu einer Globalisierung kollektiven Handelns zu führen. Parallel zu dem Prozess, den Tilly für die Nationalisierung von Protest beschrieb, soll nun ein Prozess begonnen haben, der Protest auf die internationale Bühne hebt:

„Following the way paved by Tilly, who points to the shift from local to national collective action, we can hypothesize that the creation of supranational political structures leads to analogous transformations of protest from the national to the international level.“ (Passy 1999: 149)

Ob und wann genau ein solcher Prozess begonnen hat und welche Aspekte er umfasst, bleibt jedoch meist unklar. Da es bereits im nationalen Rahmen eine Schwierigkeit darstellt, die politischen Gelegenheitsstrukturen in klaren Dimensionen zu erfassen, um den Zusammenhang von Protestpolitik und etablierten politischen Strukturen zu erklären, wird ein solcher Versuch in globalisierter Perspektive zu einem hoffnungslosen Unterfangen.

Um ein Modell des Zusammenhangs von Protest und Politik zu entwickeln, ist deshalb das neuartige politische Gebilde der Europäischen Union ein interessanter Ausgangspunkt. Bei der Erforschung des Wechselspiels von sozialen Bewegungen und Organen der EU kreuzen sich sozialwissenschaftliche Interessen aus unterschiedlichen Bereichen. Soziale Bewegungen sind ein Indikator für die Formierung einer transnationalen europäischen Demokratie² oder sie geben Auskunft über die Form der durch Öffentlichkeit rationalisierten Herrschaft. Transnationale Bewegungen können dabei in einem konkreten politischen Rahmen gedacht werden, ohne dem Nationalstaat verhaftet zu bleiben.³ Diese Entgrenzung nationalstaatlicher Politiken ist für empirische Forschungen ein neuer Ansatzpunkt, welche die EU als eine politische Gelegenheitsstruktur begreifen, in der sich europäische Bewegungen formieren. Hier werden, wie bereits Tilly dies für die Nationalisierung von Protesthandeln aufzeigte, die Transformation von politischen Strukturen und Formen des Protests aufeinander bezogen. Eine zentrale Frage, welche die Bewegungsforschung theoretisch und empirisch zur Zeit beschäftigt, ist: Gibt es europäische soziale Bewegungen?

2.1. Soziale Bewegungen und ihr Erscheinen in Europa

Soziale Bewegungen werden verstanden als kollektive Handlungen, die von Akteuren getragen werden, die keinen Zugang zu politischen Institutionen haben. Es besteht eine klare Trennung von politischen Machthabern und ihren Gegnern. Bewegungen fordern durch ihr Engagement erweiterte Partizipationsformen ein, hauptsächlich durch ein ihnen spezifisches unkonventionelles Aktionsrepertoire.

„... social movements articulate demands by methods that are situated not simply outside, but explicitly oriented against the institutionally available channels of interest articulation. Such practices symbolize that the existing channels cannot transport the movements' demands and must be abolished or at least reformed to

- 2 Siehe beispielsweise den Aufsatz von Klaus Eder (2001), der die Frage untersucht, inwiefern die Europäische Union in demokratietheoretischer Perspektive konzeptionell neu gefasst werden muss.
- 3 Ein Problem ist hierbei, dass einige AutorInnen die politischen Systeme Nationalstaat und EU in einer Art Nullsummenspiel gegenüberstellen. Wenn sie also zeigen, dass die EU an Bedeutung zunimmt, folgern sie daraus eine Abnahme der Bedeutung des Nationalstaates. Die Omnipräsenz des Nationalstaates wird so in Frage gestellt, auch wenn ForscherInnen immer wieder darauf hinweisen, die Bedeutung des Nationalstaates nicht zu schnell zu unterschätzen.

change prevailing patterns of interest representation. Social movements practices include repertoires ranging from mass demonstrations or mass occupations of public sites (sit-ins) via boycotts and blockades all the way to riots with violence against property or even target individuals, to name only a few of the conceivable avenues.” (Kitschelt 2000: 4)

Die kollektive Handlungsform Protest ist ein wichtiges Medium von sozialen Bewegungen, das jedoch auch mit konventionellen Partizipationsformen kombiniert wird. Beteiligen sich diese soziale Bewegungen, die in nationalen Kontexten am politischen Gestaltungsprozess teilhaben, an dem politische Gebilde der EU mit einer „Democracy from below“ (Koopmans 1995)?

Die wenigen und noch jungen Untersuchungen, die auf Grundlage der Bewegungsforschung oder der Theorie kollektiven Handelns soziale Bewegungen in Europa unter die Lupe nehmen, sehen sich damit konfrontiert, die *Abwesenheit* unkonventioneller Handlungen in Brüssel zu erklären.

„In the context of the European Union the master question for group strategy concerns the relative absence of unconventional activity, i.e. relatively uninstitutionalized, symbolic or mass protest taking place outside established political channels- and the predominance of conventional activity, i.e. institutionalized, elite lobbying taking place continuously within established political channels.” (Marks und McAdam 1999: 103)

Protestförmige Handlungen fehlen fast gänzlich, und konventionelle Einflussnahme dominiert das politische Handeln der Akteure in Brüssel. Die Organisationen in Brüssel agieren nicht so, wie wir dies aus den nationalen Kontexten kennen.

„Observers of group mobilization in the EU find that there is relatively little social movement activity there. ... This is not to say, however, that social movements are absent from the European arena. Alongside the many thousands of interest groups organized there, you can find a significant number of social movements, including environmental groups, ... these groups do not act in Brussels as they do in their national contexts. Instead of demonstrating their grievances before the mass media, they lobby Commission officials, engage consultants to write impact reports, coordinate policy papers among themselves, instruct lawyers to pursue cases before the European Court of Justice, and only on occasion, organize public protests outside the European Parliament building in Strasbourg.” (Marks und McAdam 1999:103)

Das Fehlen der Protestpolitik von sozialen Bewegungen wird mit der Gelegenheitsstruktur der europäischen Institutionen erklärt, die offener für konventionelles denn unkonventionelles, protestförmiges Handeln ist.⁴ Neben einer Erklärung der abwesenden Protestpolitik in Brüssel vermuten Marks und McAdam (1999), dass das Bewegungs-

4 Durch die Konzeption der Mobilisierungsform als abhängiger Variable wird ein direkter Zusammenhang von vier unterschiedenen Dimensionen der Gelegenheitsstrukturen auf der Ebene der EU mit Formen des kollektiven Handelns hergestellt.

handeln im Kontext der EU einem Wandel unterliegt. Protestförmige Aktivitäten würden für Bewegungsorganisationen unwichtiger und seien nicht mehr notwendiger Bestandteil, um von der Existenz einer sozialen Bewegung auszugehen. Zwar würde in Brüssel nicht oder wenig protestiert; dies ließe jedoch nicht auf die Abwesenheit von Bewegungsakteuren in Brüssel schließen, Bewegungen passen sich vielmehr den Bedingungen an.

Rucht (2001) geht ebenfalls den Gründen für das Fehlen von Protestpolitik in Brüssel nach. Auch er führt die Handlungsformen der EU-Gruppen unter anderem auf die Gelegenheitsstruktur der Europäischen Union zurück. Durch den Vergleich von Umweltgruppen und Bauernverbänden zeigt er die Unterschiede der Aktionsformen in Brüssel auf. Während die Bauernverbände auch auf EU-Ebene Protestpolitik und Lobbying miteinander kombinieren, betreiben Umweltgruppen zwar auch intensives Lobbying, es fehlt jedoch nahezu gänzlich das Repertoire an unkonventionellen Handlungen, um politischen Druck auszuüben.⁵ Dagegen lehrt ein Blick auf die nationale und subnationale Ebene, dass Umweltakteure durchaus unkonventionelle und konventionelle Taktiken miteinander verbinden.

Den Betrachtungen der abwesenden Protestpolitik in Brüssel liegen implizit jedoch unterschiedliche Einschätzungen der Handlungsform Protest zugrunde. Marks und McAdam (1999) gehen davon aus, dass soziale Bewegungen ihre Handlungsform schlichtweg verändern, da die Gelegenheitsstruktur der europäischen Institutionen offener für konventionelles denn unkonventionelles Handeln ist. Die Betrachtung von Akteuren auf der Brüsseler Ebene reichte damit aus, um den Ausdruck einer europäischen Bewegung zu beschreiben. Rucht versteht dagegen die Handlungsform Protest als ein notwendiges (wenn auch nicht hinreichendes) Kriterium, um von der Existenz einer sozialen Bewegung zu sprechen. Soziale Bewegungen werden definiert als:

„... an action system comprised of mobilized networks of individuals, groups and organizations which, based on a shared collective identity, attempt to achieve or prevent social change, predominantly by means of collective protest.“ (Rucht 1999: 207)

Auch wenn Protest ebenfalls von anderen Gruppen wie Interessenverbänden und Parteien genutzt wird, sei Protest das wichtigste Medium für soziale Bewegungen. Einige Studien zeigen zwar, dass Proteste in Brüssel einen leichten Anstieg verzeichnen, aber selbst diese schwachen Tendenzaussagen sind bereits aufgrund des methodischen Vorgehens umstritten (Imig und Tarrow 2000; Rucht 2000). Da es unkonventionelle Handlungen weder von EU-Akteuren noch von anderen Akteuren, die in Brüssel protestieren, in nennenswertem Ausmaß gibt, könnten sie auch nicht Teil einer europäischen Bewegung sein. Würde man nur die Handlungen von Gruppen in Brüssel betrachten oder

5 Auf die Erklärung der Unterschiede soll hier nicht eingegangen werden.

ließen sich keine Europäisierungstendenzen⁶ von nationalen Akteuren ausmachen, könnten wir nicht von einer europäischen Bewegung sprechen. Die Betrachtungen der konventionellen Handlungen auf europäischer Ebene unterscheiden sich in ihrem Verständnis der konstitutiven Elemente einer sozialen Bewegung, auch wenn die Erklärung der Abwesenheit unkonventionellen Protests in Brüssel auf ähnliche Weise mit den spezifischen Gelegenheitsstrukturen in Brüssel oder der EU-Organe erklärt wird. Marks und McAdam würden von einer europäischen Bewegung auch dann sprechen, wenn Gruppen lediglich auf EU-Ebene anhand konventioneller Partizipationsformen auf die Politik Einfluss nehmen würden. Diesen Schritt vollzieht die Definition von Bewegungen nach Rucht nicht mit.

Bislang überzeugte die analytische Unterscheidung von Formen der politischen Interessenartikulation nach Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen, denen bestimmte Akteure und Handlungsformen zugeschrieben wurden (Kitschelt 2000; Rucht 1998). Diese analytische Trennung erscheint neuerdings einigen ForscherInnen als problematisch. Je nachdem ob Protest, im Sinne von unkonventionellem und außerinstitutionellem Handeln, als notwendiges Kriterium für die Existenz einer sozialen Bewegung verstanden wird oder man von einer Transformation der Bedeutung des Protesthandelns in der Gesellschaft ausgeht, kommen BewegungsforscherInnen zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen, ob es europäische Bewegungen gibt.

2.2. *Eine europäisierte Perspektive*

Auch mir geht es um den Einbezug des Phänomens abwesender Protesthandlungen in Brüssel in eine Suche nach europäischen Bewegungen. Allerdings möchte ich dabei weder von einer radikalen Transformation kollektiven Handelns auf europäischer Ebene ausgehen, indem ich die Möglichkeit von Akteuren, Protest zu mobilisieren, nicht weiter als notwendige Bedingung der Existenz einer sozialen Bewegung verstehe. Noch soll die Abwesenheit von Protestpolitik auf EU-Ebene einen Hinweis liefern, dass europäische Bewegungen nicht existieren.

Mit Blick auf die europäische Handlungsebene erscheint es mir sinnvoll, bestehende Formen sozialer Bewegungen und neue Formen der kreativen Anpassung des Handlungsrepertoires in ein modifiziertes Konzept sozialer Bewegung zu integrieren. Dabei müssen die Bewegungsaktivitäten auf der nationalen und subnationalen Ebene mit den Handlungen auf supranationaler Ebene in einen Zusammenhang gebracht werden. In Brüssel angesiedelte bzw. dort tätige Umweltgruppen, auch wenn sie sich ganz auf konventionelle Handlungen beschränken und gegenüber Institutionen der EU nicht als Protestakteure auftreten, können dann der Umweltbewegung zugerechnet werden, wenn sie mit auf nationaler oder subnationaler Ebene handelnden Umweltakteuren in Verbindung

6 Zu den Inhalten dieses Begriffs siehe weiter unten.

stehen, welche Proteste durchführen. Protestpolitik und advokatorisches Engagement können auf unterschiedlichen Ebenen verteilt sein. Ich möchte in meinen folgenden Ausführungen den Versuch unternehmen, ein theoretisches Konzept vorzuschlagen und exemplarisch zu operationalisieren, das den Protestbegriff in die Analyse integriert, um nach einer europäisierten Bewegung zu suchen.

Bei einer Konzeption einer europäisierten Bewegung soll berücksichtigt werden, dass bereits im nationalen Rahmen nicht von einer Verlagerung sämtlichen Handelns auf die nationale Ebene durch die Entstehung der Nationalstaaten ausgegangen werden kann. Nationale Bewegungen werden lediglich oft nicht nach ihren lokalen, regionalen und nationalen Handlungsebenen unterschieden. Teilweise wurden nationale Umweltorganisationen herangezogen, um Aussagen zur gesamten ökologischen Bewegung zu treffen (Blühdorn 1995), was weder hinsichtlich der vielfältigen Organisationsstruktur noch mit Blick auf die Formen des Widerspruchs der ökologischen Bewegung in ihrer Gesamtheit gerecht wird.⁷ Innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens ist die lokale Ebene stets wichtig geblieben. Wie Roth (1994) in einer Studie lokaler Bewegungsnetzwerken aufzeigt, spielt die lokale Ebene eine bedeutende Rolle bei der Mobilisierung von unkonventionellem Protest. Lokale Proteste bilden dabei einen nicht geringen Anteil der gesamten Protestereignisse und scheinen in den letzten 50 Jahren eher zu- als abgenommen zu haben (Rucht 2000: 192). In einem Vergleich mit anderen europäischen Staaten zeigen Hey und Brendle (1994), dass in Deutschland im Bereich der Ökologie die lokale Ebene für die politische Einflussnahme für Umweltgruppen wichtig ist:

„Umweltverbände in Deutschland sind in ihrer Dreigliederung von lokalen Gruppen, Landesverbänden und Bundesverbänden ... gewissermaßen ein Spiegelbild des deutschen Föderalismus. Da die Bundesebene für die Einflussnahme immer relativ geschlossen ... war, haben Umweltverbände ihre Aktivitäten dezentralisiert. Die Erfolgchancen sind in Deutschland auf der untersten Ebene am größten, was auch erklärt, dass Ideen von Dezentralität und von der Kommune als Motor einer ökologischen Politik eine besonders große Resonanz erhalten haben.“ (Hey und Brendle 1994: 34)

Die lokale Ebene scheint, zumindest in bestimmten Politikbereichen, wichtig zu bleiben für die Generierung kollektiver Proteste. Es wird deshalb nicht von einer Verlagerung sämtlichen Handelns auf andere politische Ebenen ausgegangen. Europäische Politik hat sich auf einem Feld bereits bestehender politischer Protestkulturen zu behaupten, die

7 Eine der wenigen Studien, die Korrelationen von lokalen Aktivitäten und nationalen Aktionen untersucht, stammt von Jo Ann Carmin (1999). Die Autorin zeigt, dass es organisatorische und handlungsspezifische Unterschiede zwischen nationalen und lokalen Gruppen gibt. Carmin stellt anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse dar, wie das Auftauchen von Protesten über einen Zeitraum von 15 Jahren auf lokaler und nationaler Ebene im Zusammenhang steht. Auch wenn sich ihre Aktionen auf Unterschiedliches beziehen, ermöglicht erst die Kombination von Handlungen durch professionelle Umweltorganisationen und kleinen informellen Gruppen, dass die Themen der Umweltbewegung nicht von der politischen Agenda verschwinden.

den neuartigen Entwicklungen mit vertrauten und eingeübten Handlungsmustern begegnen. Statt von einer linearen Verlagerung des Protesthandelns auszugehen, müssen die bestehenden Widerstände und deren Transformationen in den Begriff einer europäisierten Bewegung integriert werden.

Es gibt konzeptionelle Vorschläge, die die nationale Ebene in die Bestimmung einer europäischen Bewegung einbeziehen. Bereits Mitte der 90er Jahre stellte Tarrow die fehlende Aufmerksamkeit für kollektive Aktionen in der Europäischen Union fest und versuchte selbst diese Lücke zu schließen. Das Modell von Imig und Tarrow (2000) betrachtet anhand von drei Variablen Europäisierungstendenzen von Protestaktivitäten. Eine Europäisierung des Protests liegt dann vor, wenn entweder der Anlass einer Aktion europäische Politik ist, Akteure sich grenzüberschreitend koordinieren oder der Konflikt durch die Intervention einer europäischen Institution gekennzeichnet ist.⁸ In ihrer anschließenden empirischen Analyse stellen die Autoren fest, dass vor allem ein Prozess der „domestication“ stattfindet. Damit werden Protestaktivitäten innerhalb eines Nationalstaates bezeichnet, die aufgrund von europäischen Entscheidungen ausgelöst werden. Die Akteure werden aktiv, da sie auf die nationalstaatliche Vertretung ihrer Interessen in Brüssel hoffen.

„Not only does the EU continue to allocate to national courts and administrations the implementation of the policies decided in Brussels; domesticating European conflict enables claimants to continue to exploit the opportunities and resources that national social movements have created and offers the EU as the source of citizens' grievances, to the great relief of national governments ... This is not simply because farmers are ‚locals‘; it is also, and primarily, because they follow a strategy of targeting the agents against whom they can have maximum leverage, in the hope that this will translate into more robust governmental policies on their behalf in Brussels.“ (Imig und Tarrow 2000: 79)

Obwohl hier also nicht lediglich europäische Akteure in ein Verständnis einer europäisierten Bewegung einbezogen werden, wird der Blick auf die Europäisierung *nationaler Bewegungen* oder auf *europäische Aspekte eines Protests* gerichtet. Es geht also vielmehr um den Wandlungsprozess einer Ebene, nicht darum, wie eine übergreifende europäisierte Bewegung gedacht werden kann.⁹

Europäische Bewegungen, die ausschließlich auf der europäischen Ebene agieren, ebenso wie *nationale Bewegungen* ausschließlich auf der nationalen Ebene handeln (also ohne Berücksichtigung lokaler Proteste), sollen von *europäisierten Bewegungen* un-

8 Rucht (2000) unterscheidet den Mobilisierungsraum der Akteure, die räumliche Ausdehnung des im Protest angesprochenen Problems und den Adressaten des Protests, um eine Europäisierung von Protestaktivitäten zu kennzeichnen.

9 Roose (2002) geht in seiner Arbeit hingegen explizit der Europäisierung zweier nationaler Bewegungen nach. Dazu bringt er die Gelegenheitsstrukturen der EU und die Handlungsstrategien von nationalen Umweltorganisationen in Zusammenhang.

terschieden werden. Eine *europäisierte Bewegung* soll der Tatsache Rechnung tragen, dass es eine fortdauernde Bedeutung von bestehenden Akteuren auf nationaler und subnationaler Ebene gibt, diese Akteure sich jedoch innerhalb der Europäischen Union wandeln. Eine *europäisierte Bewegung* zeichnet sich durch die Verknüpfung der Ebenen aus und wird dem normativen Anspruch einer „Demokratie von unten“ erst gerecht. Im Gegensatz zu einer Sichtweise, in der sich Bewegungshandeln in einem linearen Prozess auf eine nächsthöhere Ebene verschiebt oder lediglich Europäisierungstendenzen nationaler Bewegungen betrachtet werden, wird „europäisch“ hier als ein *Handlungsrahmen* verstanden, der alle Ebenen mit einbezieht.

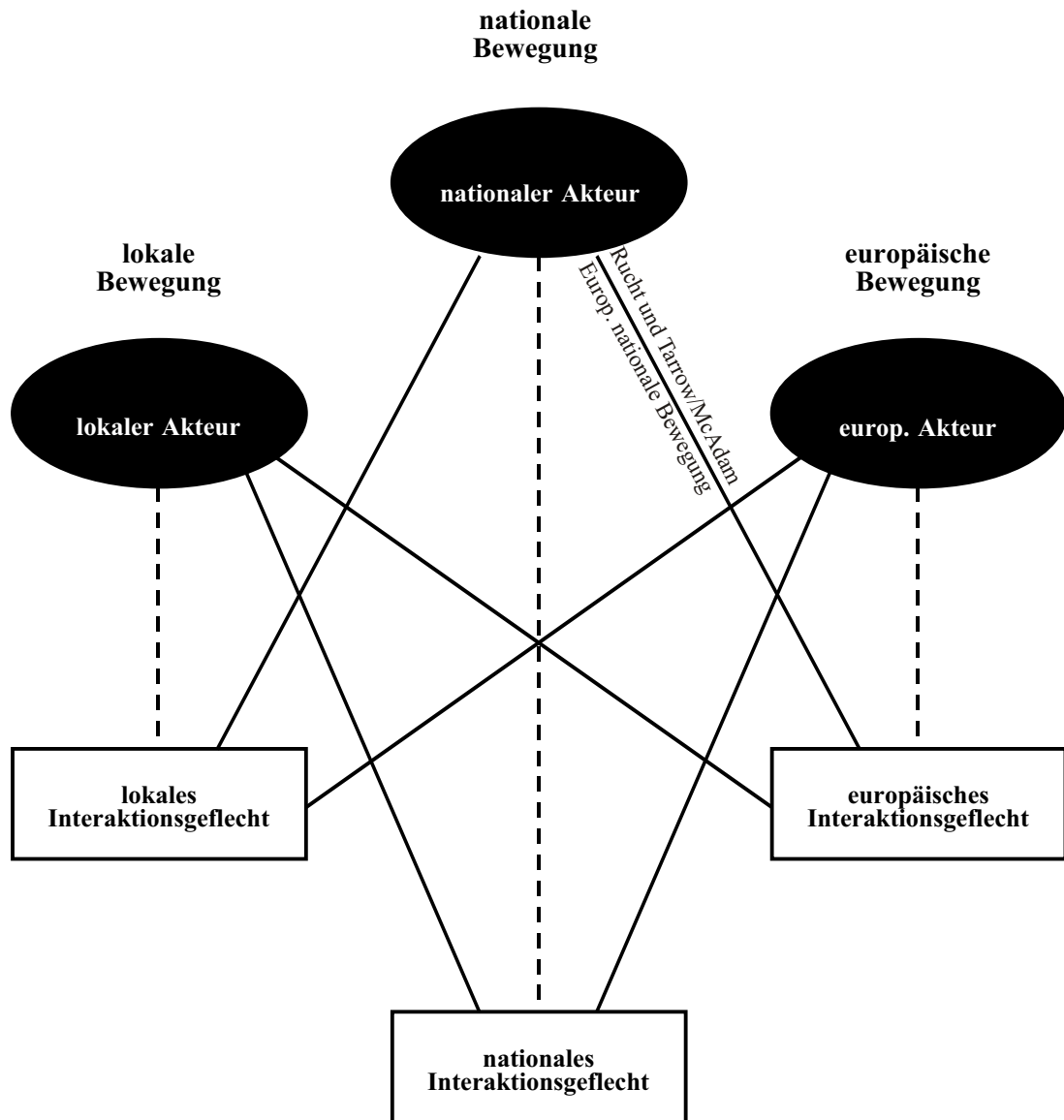
Schaubild 1 soll die Konzeption einer europäisierten Bewegung darstellen. Die gestrichelten Linien verdeutlichen die Bewegungen, die lediglich auf „ihrer“ politischen Ebene handeln. Hier soll von lokalen, nationalen oder europäischen Bewegungen gesprochen werden. Ein lokaler Akteur verortet sich als Teil einer lokalen Bewegung, wenn er sich ausschließlich mit anderen lokalen Akteuren koordiniert und sich mit seinem Anliegen an lokale Institutionen richtet. Die transnationale Vernetzung von EU-Akteuren oder Protesten in Brüssel darf mit einer europäisierten Bewegung nicht gleichgesetzt werden, da durch das Handeln dieser Akteure zwar einzelne Verknüpfungen hergestellt werden, aber kein umfassender europäischer Handlungsrahmen gekennzeichnet wird. Ebenso stellen die Europäisierungstendenzen der nationalen Akteure nur einen Ausschnitt der gesamten europäisierten Bewegung dar.

Die kollektive Identität einer europäisierten sozialen Bewegung wird also nicht an eine bestimmte politische Ebene gebunden und es kann überprüft werden, ob die Kombination von lokalem Protest und europäischem Lobbying Ausdruck ein und derselben Bewegung sind. Die Frage, die implizit viele BewegungsforscherInnen stellen, ist daher vielmehr, ob eine Bewegung, die verschiedene Aktionsformen auf verschiedene Ebenen verteilt, keine soziale Bewegung mehr ist. Rucht unterscheidet beispielsweise die strategischen Optionen der Umweltbewegung in zweierlei Hinsicht, zum einen nach den verwendeten Handlungsformen, zum anderen nach der geographischen Ebene.

„However, not each group employs the full strategic repertoire in each issue and at each level...we may also find the use of combined strategies when, in an implicit or explicit division of labour, some groups act nationally and others internationally or some engage in bargaining while others prefer confrontation thus directly strengthening the bargaining position of the moderate group.“ (Rucht 2001: 128)

Genau an diesem Punkt möchte ich ansetzen. In meiner Perspektive gehe ich davon aus, dass Umweltbewegungen den Einsatz konventioneller und unkonventioneller Mittel der

Schaubild 1: Europäisierte Bewegungen



Einflussnahme den jeweiligen Ebenen anpassen und so eine Arbeitsteilung zwischen den Ebenen stattfindet.

Im Zentrum des Schaubilds stehen die Verbindungslinien zwischen den Akteuren und den Interaktionsgeflechten, da erst durch diese Verbindungen ein Handlungsraum einer europäisierten Bewegung geschaffen wird. Diese Verbindungen werden von den Akteuren durch *Handlungen* oder *argumentative Bezüge* geknüpft. Ein *Handlungsbezug* wird hergestellt, wenn beispielsweise ein lokaler Akteur eine Beschwerde bei der EU-Kommission einlegt, europäische Akteure an einer von lokalen Akteuren organisierten Podiumsdiskussion teilnehmen oder wenn eine nationale Umweltorganisation eine regionale Regierung zu beeinflussen sucht.¹⁰ Ein *argumentativer Bezug* ist hingegen die Verortung der Handlungen eines Akteurs, indem der Akteur auf einen als gemeinsam angenommenen Handlungsrahmen verweist. Akteure erkennen bestimmte Grenzen als wichtig für ihr Handeln an. Argumentative Bezüge geben an, welche anderen Akteure und welche politischen Ebene ein Akteur für seine Handlungen als relevant erkennt. Begründungen von Nicht-Handlungen oder genaue Kenntnisse der rechtlichen Grundlagen auf einer anderen Ebene sowie die Zuweisung von Kompetenzen von Akteuren an andere Ebenen sind Beispiele solcher argumentativen Bezüge.

Nach diesem Verständnis kann man von einer europäisierten Bewegung sprechen, wenn Akteure auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene durch ihre Handlungen oder Argumentationen, hier verstanden als Verortung der eigenen Handlungen, einen europäischen Handlungsrahmen bestimmen und sich in ihrem Handeln aufeinander beziehen. Zwei Aspekte einer europäisierten Bewegung sollen dadurch betont werden. Zum einen werden Akteure unterschiedlicher Ebenen, die sich als gemeinsam handelnde Akteure begreifen und ihr Handeln in einen als gemeinsam angenommenen Handlungsrahmen einordnen, in die Analyse einbezogen. Ein Akteur, der sich auf eine andere Ebene als die jeweils eigene bezieht, kennzeichnet diese als handlungsrelevant. Zweitens wird durch dieses Verständnis einer europäisierten Bewegung der Blick auf die Handlungsbezüge gerichtet, die sich sowohl durch direktes als auch argumentatives Handeln manifestieren können.

Kann man dieses revidierte theoretische Konzept fruchtbar in eine empirische Betrachtung übersetzen? Zunächst möchte ich im nächsten Abschnitt die Naturschutzpolitik als einen Politikbereich herausgreifen, in dem sich Kompetenzen zunehmend auf die Europäische Union verlagert haben. In dem darauf folgenden Abschnitt soll anhand des in der Bewegungsforschung üblichen Verfahrens der Protestereignis-Analyse den Handlungen von lokalen, nationalen und europäischen Akteuren nachgegangen werden. Meinem Forschungsinteresse entsprechend, das sich auf die Verbindungslinien der Akteure

¹⁰ Es handelt sich hier um die in der Protestereignis-Analyse ausgearbeiteten Variablen des Adressaten und der Mobilisierungsebene. Die Protestereignis-Analyse wird hinsichtlich der Erhebungseinheit in dieser Arbeit erweitert, so dass auch Lobbying und Pressemeldungen einbezogen werden. Siehe zur Protestereignis-Analyse und den Erweiterungen weiter unten den methodischen Teil.

richtet, muss dieses Verfahren erweitert werden, so das ein breiteres, über Proteste hinausgehendes Repertoire an Handlungen erfasst wird. Zudem soll durch eine weitere Analyse auch die argumentative Verortung von Handlungen erfasst werden. Textpassagen aus Experteninterviews sollen im Anschluss an die Darstellung der Daten in dem nachfolgenden Kapitel veranschaulichen, wie das Mehrebenenspiel aussieht und wie sich die Akteure gegenseitig Rollen zuweisen, indem sie ihre eigenen Handlungen und die der anderen Akteure beurteilen.

3. Naturschutz in Europa

Eine europäisierte Bewegung kann es dem Schaubild entsprechend nur geben, wenn die Politik ebenfalls von EU-Institutionen mitgeregelt wird und EU-Akteure vorhanden sind, um sich in die Politikgestaltung einzumischen. Ich möchte im Folgenden exemplarisch nachprüfen, ob es eine *europäisierte Naturschutzbewegung* gibt. Dazu wird ein Bereich der Naturschutzpolitik gewählt, in dem sich die Kompetenzen von der Länderebene der Bundesrepublik auf die Europäische Union verlagern, aber sämtliche politische Ebenen und Akteure aller Ebenen (lokal, national und europäisch) in den Konflikt involviert sind. Bei dem Naturschutzkonflikt „Natura 2000“ geht es erstens um die europaweite Implementierung von zwei Richtlinien, also den politischen Bereich, der durch EU-Institutionen geregelt wird. Zweitens handelt es sich um den Eingriff in als schützenswert anerkannte Gebiete, hier am Beispiel des Mühlenberger Lochs dargestellt, wodurch Landesregierungen zur Zielscheibe des Widerspruchs werden. Die nationale Regierung agiert in beiden Fällen, einmal durch die Implementierung der europäischen Richtlinien in deutsches Naturschutzrecht und zweitens durch nationale Projekte (z.B. Straßenbau), durch die Eingriffe in Schutzgebiete möglich werden können. Da in der Einleitung der durch lokale Institutionen geregelte Konfliktbereich (Eingriff in ein Schutzgebiet) bereits vorgestellt wurde, soll im Folgenden die Europäisierung der Naturschutzpolitik und die Beteiligung der EU-Akteure bei der Durchsetzung europäischer Naturschutzrichtlinien beschrieben werden.

In der Europäischen Union ist Umwelt- und Naturschutzpolitik im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einem der erfolgreichsten Beispiele der europäischen Integration geworden (Callies und Wegener 1992; Golub 1998). Seit den 1970er Jahren, nachdem sich herausstellte, dass die auf die Europäische Gemeinschaft (EG) übertragenen Politikbereiche auch eine intensive Zusammenarbeit in anderen Politikfeldern nötig werden ließen, haben sich zunehmend politische Verantwortlichkeiten auf die europäische Ebene verlagert. In den 1980er Jahren wurden schließlich die im vorangegangenen Jahrzehnt vergemeinschafteten Kompetenzen auf eine solide vertragliche Grundlage gestellt und die Umweltpolitik wurde durch die Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1987 in den gemeinsamen Kompetenzbereich übernommen. Seit der Einfügung des Titels „Umwelt“

in den EWG-Vertrag (Artikel 130 r-t) ist die Umweltpolitik zu einem anerkannten Politikbereich der Gemeinschaft avanciert (Giering und Jung 1999). Mit dem Maastrichter Vertrag von 1993, durch den sich die Europäische Union (EU) aus drei Säulen bestehend gründete, wurde die Umweltpolitik der ersten, vergemeinschafteten Säule zugewiesen (Wessels 1999).

Im Bereich des Naturschutzes hat die Europäische Union zwei Richtlinien¹¹ erlassen: Die Vogelschutz-Richtlinie¹² und die FFH-Richtlinie¹³, die zusammen das Europäische Naturschutzgesetz bilden. Beide Richtlinien gelten zunächst unabhängig voneinander; allerdings umfasst die FFH-Richtlinie bei den Tierarten keine Vögel. Die Richtlinien wollen ein europaweites Netz (Natura 2000) ökologisch wichtiger Lebensräume zum Schutz der biologischen Vielfalt aufbauen. Dieses Netz soll es Tieren ermöglichen, zwischen den Gebieten in ganz Europa umherzuwandern (Bundesministerium für Umwelt 1997; Ministerium für Umwelt 1998).

Vogelschutz-Richtlinie

Europäische Bestimmungen im Bereich des Vogelschutzes finden sich bereits 1973, als die rechtlichen Regelungen der Mitgliedsstaaten im Bereich Vogel- und Naturschutz harmonisiert werden sollten. 1978 verabschiedete der Umweltministerrat die Vogelschutz-Richtlinie, die ein Jahr später erlassen wurde. Die Richtlinie sollte den Schutz von Vögeln in Europa verbessern und schrieb bereits ein Netz von Schutzgebieten vor. Diese Special Protection Areas (SPAs) sollten bis 1981 eingerichtet sein. Da die Mitgliedsstaaten dieser Forderung nicht nachkamen, legte der Dachverband BirdLife International, dem in Deutschland der Naturschutzbund (NABU) angehört, bereits Mitte der 1980er Jahre auf Bitte der Europäischen Gemeinschaft (EG) eine Liste von Important Bird Areas (IBAs) vor. Die Gebiete wurden durch die Arbeit hunderter ehrenamtlicher Ornithologen erstellt. Da diese Liste den Kriterien der Vogelschutz-Richtlinie entsprach, hätten diese Gebiete von den Mitgliedsländern als SPAs angemeldet werden müssen. Die EU-Kommission hat inzwischen die dritte Klage gegen Deutschland beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht, da Deutschland auch 20 Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie immer noch zu wenig Vogelschutzgebiete ausgewiesen hat. Durch den Vergleich der IBAs-Liste mit der Meldung von Vogelschutz-Gebieten der einzelnen Mitgliedsstaaten hat die EU ein Instrument der Kontrolle. Im März 2000

11 Richtlinien müssen in die jeweilige nationale Gesetzgebung (Bundes- und Landesrecht) übernommen und dann entsprechend umgesetzt werden.

12 Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten.

13 FFH-Richtlinie = Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

übergab BirdLife International das neueste Verzeichnis der IBAs an die EU-Umweltkommissarin Wallström.¹⁴

FFH-Richtlinie

Die Idee zur FFH-Richtlinie entstand in der Vorbereitungskommission zum EG-Beitritt Portugals und Spaniens. Durch die Süderweiterung kamen große naturnahe Gebiete zur Gemeinschaft, die durch die zu erwartenden Entwicklungen in Gefahr geraten würden. Das Hauptmotiv für die Erstellung einer solchen Richtlinie war jedoch, dass die Wirtschaftsvertreter aus dem Norden Standortnachteile durch geringe Umweltauflagen im Süden fürchteten und deshalb auf einen einheitlich hohen Schutzstandard drängten (Hey und Brendle 1994). Die FFH-Richtlinie, die 1993 mit dem Maastrichter Vertrag eingeführt wurde, ist das umfassendste Naturschutzinstrument der EU. Zur Durchsetzung der Richtlinie wurde ein Sanktionsmechanismus eingeführt, mit dessen Hilfe säumige Mitgliedsstaaten zur Kasse gebeten werden können. Die Ausschüttung von Geldern aus dem Agrar-Umweltprogramm und den Strukturfonds ist ebenfalls an die Meldung der Gebiete gebunden. Bei der Erarbeitung der Richtlinie selbst sind die EU-Umweltverbände zum ersten Mal in den Entstehungsprozess einbezogen worden. Bei der Erstellung der Richtlinie überwog die koordinierte Lobbytätigkeit eindeutig die Öffentlichkeitsarbeit. Da Deutschland bei der Meldung der Gebiete lange Zeit an letzter Stelle stand, reichte die Europäische Kommission im Februar 1999 Klage gegen Deutschland beim EuGH ein.¹⁵

Hat sich durch die Verlagerung der Kompetenzen auch eine europäisierte Naturschutzbewegung herausgebildet? Dem ersten Eindruck nach scheint vor allem die jeweils „eigene“ Ebene der wahrgenommene Handlungsraum für die Akteure zu sein. Während in Hamburg die ökologische Bewegung gegen ihre Länderregierung protestiert, sind EU-Verbände mit konventioneller Einflussnahme in Brüssel beschäftigt. Akteure haben also durchaus die Möglichkeit, jeweils auf den Ebenen lokal/regional, national oder europäisch ihren Widerstand zu formulieren, und können Bewegungen ausbilden, die durch die gestrichelten Linien im Schaubild gekennzeichnet werden. Im Folgenden soll jedoch der Frage nach einer europäisierten Bewegung, die durch die Interdependenzen von Ebenen einen europäischen Handlungsrahmen markiert, in systematischer Weise nachgegangen werden.

14 <http://recherche.newsaktuell.de>, Pressemitteilung des NABU vom 28. März 2000.

15 Deutschland ist sowohl bei der Meldung der Vogelschutz- als auch der FFH-Gebiete mit an letzter Stelle. 6,1 Prozent des Bundesgebietes sind als Vogelschutzgebiet gemeldet (vgl. z.B. Spanien 10,6 Prozent und Niederlande 24,1 Prozent) und 5,8 Prozent als FFH-Gebiete (vgl. Italien 16,4 Prozent und Dänemark 23,8 Prozent). Siehe dazu Newsletter „Natur“ der Europäischen Kommission GD ENV vom 13. Dezember 2000.

4. Von der Frage zu den Daten und Auswertung

In Abgrenzung zu den bisherigen Konzeptionen europäischer Bewegungen, die nur einen Ausschnitt aus der Gesamtheit möglicher Wandlungen erfassen, ist meine Annahme, dass erst das Konzept einer europäisierten Bewegung Veränderungen im europäischen Raum angemessen erfasst. Wesentliches Merkmal dieses Konzepts ist die Verknüpfung der Ebenen. Im Folgenden wird das Forschungsdesign, also die Auswahl des Datenmaterials, dessen Aufbereitung und die Analyseverfahren, beschrieben. Dabei sollen schrittweise die Ergebnisse vorgestellt und auf die Erklärungskraft des bisher genutzten Verfahrens der Protestereignis-Analyse verwiesen werden, um die methodischen Grenzen dieses Vorgehens aufzuzeigen. Die Protestereignis-Analyse hat erhebliche Fortschritte bei der Erforschung sozialer Bewegungen vorzuweisen und ist eine wichtige Grundlage des hier vorgestellten Vorgehens. Dem Forschungsinteresse entsprechend muss dieses Verfahren jedoch methodisch so erweitert werden, dass die oben gestellte Frage nach einer europäisierten Bewegung beantwortet werden kann. Die Protestereignis-Analyse wird hinsichtlich der verwendeten Quelle und der Erhebungseinheit erweitert. Es werden zusätzlich zu einer Zeitung auch Interviews ausgewertet, und es sollen sämtliche Handlungen (nicht nur Protestereignisse), sofern sie in den beiden Quellen auftauchen, erfasst werden. Um dem oben vorgestellten theoretischen Verständnis gerecht zu werden, demzufolge Handlungsräume nicht nur durch tatsächliche Handlungen gekennzeichnet werden, sondern auch argumentative Bezüge andere Ebenen indirekt in das eigene Handeln integrieren und damit eine wichtige Kennzeichnung des Handlungsraumes jenseits von „Ereignissen“ leisten, wird in einem letzten Schritt ein weiteres, an die Protestereignis-Analyse angelehntes Analyseverfahren genutzt. Es soll auf der Grundlage beider Quellen („Tageszeitung“ und Experteninterviews) und der Analyseeinheit „statement“ der Blick auf die Interdependenzen zwischen den Ebenen gerichtet werden.

Bei der folgenden Analyse der Daten ist es wichtig zu berücksichtigen, dass aufgrund der Fallzahlen keine seriösen und verallgemeinernden Aussagen getroffen werden können. Teilweise kann man auf breiter angelegte quantitative Forschungen zurückgreifen, um die eigenen Ergebnisse zu überprüfen. Dies ist jedoch bei dem weiter unten dargestellten Verfahren der Analyse der Interdependenzen von Handlungsebenen und den spezifischen Fragen an das Verfahren nicht möglich. Das Vorgehen soll also mehr explorativ sein und beispielhaft ein erweitertes Verfahren für das formulierte Forschungsinteresse vorstellen.

4.1. Die Protestereignis-Analyse: Aktionsformen der Ebenenakteure

Die Bewegungsforschung blieb lange Zeit eine überwiegend theoretische Auseinandersetzung, die an Theorien kollektiven Handelns anschloss und kaum breite empirische Einsichten in ihr Forschungsgebiet gewährte. Vor allem quantitativ arbeitende ForscherInnen kritisierten die empirisch unzureichende Grundlage der Theorie sozialer Bewegungen:

„Certainly, scores of empirical studies have been produced over the years, but the large majority of them were based on evidence that was purely qualitative at best, or impressionistic, vague, and idiosyncratic at worst.“ (Koopmans und Rucht 1999: 123)

In Antwort darauf entwickelte sich als wichtiges methodisches Vorgehen die Protestereignis-Analyse (PE-Analyse), die vor allem auf zwei Konferenzen und im Rahmen großer Forschungsprojekte in den 1990er Jahren diskutiert und weiterentwickelt wurde (Rucht, Koopmans und Neidhardt 1998). In der Protestereignis-Analyse ist, wie der Name bezeichnet, Protest die zentrale Analyseeinheit. Auf Grundlage von inhaltsanalytischen Verfahren werden Zeitungsberichte als Quellen genutzt¹⁶, um Informationen über das ansonsten schwer fassbare Phänomen sozialer Bewegungen zu erhalten. Dieses standardisierte Verfahren gab ein methodisches Instrument an die Hand, mit dem systematische Vergleiche von nationalen sozialen Bewegungen und longitudinale Studien möglich wurden. Die PE-Analyse hat viele Vorteile im Vergleich zu anderen Verfahren, wie z.B. dass die Mobilisierungsstärke jenseits der „Social Movement Organizations“ sichtbar gemacht und so die unterschiedlichen Akteure der sozialen Bewegungen mit in die Analyse einbezogen werden (Rucht, Koopmans und Neidhardt 1998). Diese Form der Inhaltsanalyse ist vor allem für Fragestellungen nützlich, die sich auf Häufigkeiten von Protesten, Themen und Mobilisierungsstärken von sozialen Bewegungen beziehen.

Die Protestereignis-Analyse wurde für die Beantwortung der Frage nach einer europäisierten Bewegung genutzt. Mithilfe von Suchbegriffen wurden zunächst alle Artikel der „Tageszeitung (taz)“ identifiziert, die mindestens einen der beiden Konfliktbereiche, also Eingriff in das Mühlenberger Loch oder Umsetzung der EU-Richtlinien, behandeln.¹⁷ Sämtliche Artikel wurden gelesen und relevante Informationen (also die Erwähnung eines Protestereignisse) vercodet.¹⁸

Für den Naturschutzkonflikt „Natura 2000“ konnten 13 Protestereignisse identifiziert und acht genutzte Aktionsformen unterschieden werden. Das Aktionsrepertoire,

16 Wie Koopmans und Statham (1999) anmerken, ist die Zeitung innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte zur zentralen Quelle der Bewegungsforschung geworden.

17 Für nähere Informationen zur Zeitungsanalyse siehe den Anhang.

18 Das Vercodungsverfahren lehnt sich hinsichtlich seines Verständnisses eines Protestereignisse und einer Auswahl erhobener Variablen an das Codebuch des Prodat-Projekts an (Rucht, Hocke and Ohlemacher 1992).

das auf nationaler Ebene im Bereich des Naturschutzes durch die bundesweite Tagespresse sichtbar wird, scheint sehr begrenzt zu sein – nicht zuletzt dadurch, dass es wenige Proteste im Bereich des Naturschutzes gibt. Solche Proteste machen 14,1 Prozent aller ökologischen Protestereignisse in den Jahren von 1988 bis 1997 aus (Rucht und Roose 2001: 186). Auch wenn hier nur ein Teilbereich des Naturschutzes betrachtet wird, zeigen Vergleiche des Aktionsrepertoires des Naturschutzes mit den genutzten Aktionsformen bei anderen ökologischen Themen, dass hier ein eher typisches Bild gezeichnet wird. Appellative und prozedurale Aktionsformen sind im Bereich des Naturschutzes leicht überdurchschnittlich, demonstrative und konfrontative Aktionsformen unterdurchschnittlich vertreten.

Tabelle 1: Appellativ/prozedurale und demonstrativ/konfrontative Handlungsformen in der nationalen und lokalen Presse

Handlungsform	Presse Lokal	Presse National	Presse Gesamt
Appellativ/prozedural	20	11	31
Offener Brief	2	1	3
Artikel	4	1	5
Praktischer Naturschutz	2	2	4
Öffentliche Stellungnahme	1		1
Beschwerde	2	1	3
Einwendung	2		2
Strafanzeige	1		1
Klage	2	4	6
Pressekonferenz	2		2
Infoveranstaltung	1	1	2
Podiumsdiskussion	1		1
Flugblätter		1	1
Demonstrativ/konfrontativ	10	2	12
Versammlung	1		1
Symbolische Aktion	2		2
Erörterungstermin	1		1
Demonstration	2	2	4
Gründung eines Bündnisses	1		1
Störung eines Events	2		2
Morddrohung	1		1
Gesamt	30	13	N = 43

Beziehen wir den Lokalteil Hamburg der Tageszeitung, in dem über lokale Konflikte mehr und ausführlicher berichtet wird, in die Analyse mit ein, so zeigt sich ein bunteres Bild der Aktivitäten. Insgesamt wurden 43 Protestereignisse identifiziert, die sich auf 19 verschiedene Aktionsformen verteilen. Durch die Zusammenfassung des Lokalteils mit

der nationalen Ausgabe werden also mehr als dreimal so viele Protestereignisse erwähnt. Für den lokalen Raum scheint dieser Naturschutzkonflikt bedeutender zu sein als für die nationale Öffentlichkeit. Das verweise auf eine geringere Bedeutung des nationalstaatlichen Rahmens für diesen Konfliktbereich, wenn man öffentliche Diskurse betrachtet, die durch Zeitungen dargestellt werden. Interessant ist, dass durch den Einbezug der lokalen Presse fast sämtliche Aktionsformen genannt werden, die bei anderen ökologischen Themen anhand der Protestereignis-Analyse erhoben wurden (Rucht, Hocke und Ohlemacher 1992). Das Aktionsrepertoire verschiebt sich auch stärker in Richtung demonstrativer und konfrontativer Aktionsformen. Proteste mit lokalem Problembezug verzeichnen, wie dies Rucht (2000: 193) darstellt, den höchsten Anteil an konfrontativen Protesten.¹⁹

Wenn wir die Akteure in der nationalen Presse nach ihrem Mobilisierungsraum unterscheiden, können keine europäischen Akteure identifiziert werden. Es zeigt sich darüber hinaus, dass lokale Akteure für acht der 13 Protestereignisse verantwortlich sind, die in der nationalen Presse berichtet werden. Bezieht man die Ebene der Akteure auf die genutzten Aktionsformen, so zeigt sich, dass nationale Akteure lediglich drei verschiedene Aktionsformen nutzten und lokale Akteure mit ihren Aktionen die bundesweite Presse erreicht haben. Das Aktionsrepertoire wird also hier durch lokale Akteure breiter genutzt. Eine Analyse der bundesweit verbreiteten Presse ergäbe folglich ein einigermaßen adäquates Bild des Anteils lokaler Akteure an den Gesamtereignissen; die Breite und Ausgestaltung des Aktionsrepertoires könnte aber falsch eingeschätzt werden. Die geringe Fallzahl lässt hier nicht mehr als eine Andeutung der Blickrichtung zu.

Fasst man die lokale und nationale Presse (N = 43) zusammen und unterscheidet die Akteure nach ihrer Mobilisierungsebene, erhält man das in Tabelle 2 dargestellte Bild.

Eine Unterscheidung der Akteure hinsichtlich ihrer Mobilisierungsebene ergibt, dass 38 Proteste lokale Akteure und 5 Proteste nationale Akteure mobilisierten. Europäische Akteure tauchen als Protestierer nicht auf.

Anhand der Protestereignisanalyse können wir, unter Einbezug der lokalen Presse, die Anzahl der Proteste und die Bandbreite des genutzten Aktionsrepertoires der Akteure feststellen. Des Weiteren lässt sich anhand einer Protestereignis-Analyse der Unterschied des Aktionsrepertoires im Hinblick auf die Mobilisierungsebenen feststellen. Lokale Akteure haben ein breiteres Aktionsrepertoire und kombinieren moderate und konfrontative Aktionsformen, während die Protestformen der nationalen Naturschutzbewegung moderater sind. Europäische Akteure tauchen mit Protestereignissen weder in der nationalen noch in der lokalen Presse auf, so dass keine Aussagen zu deren Aktionsrepertoire gemacht werden können.

19 Die Erwähnung eines Protestereignisses in der lokalen oder nationalen Presse ist jedoch nicht identisch mit der von den Akteuren formulierten Problemebene. Die schwierige Zuordnung eindeutiger Codes ließ mich diese dennoch gleichsetzen.

Table 2: Appellative/prozedurale und demonstrative/konfrontative Handlungsformen der lokal und national mobilisierten Akteure

Handlungsform	Akteur Lokal	Akteur National	Akteur Gesamt
Appellativ/prozedural	26	5	31
Offener Brief	2	1	3
Artikel	5		5
Praktischer Naturschutz	4		4
Öffentliche Stellungnahme	1		1
Beschwerde	2	1	3
Einwendung	2		2
Strafanzeige	1		1
Klage	3	3	6
Pressekonferenz	2		2
Infoveranstaltung	2		2
Podiumsdiskussion	1		1
Flugblätter	1		1
Demonstrativ/konfrontativ	12	0	12
Versammlung	1		1
Symbolische Aktion	2		2
Erörterungstermin	1		1
Demonstration	4		4
Gründung eines Bündnisses	1		1
Störung eines Events	2		2
Morddrohung	1		1
Gesamt	38	5	N = 43

Wie jede Methode hat die PE-Analyse ihre Grenzen, da sie durch ihren Blickwinkel bestimmte Aspekte nicht berücksichtigt. Wie Rucht und Ohlemacher anmerken:

„The other side of the coin is ... that quantitative event data only provide a rather limited set of information for each individual event.” (Rucht und Ohlemacher 1992: 77)

Koopmans und Statham (1999) zeigen auf, dass die PE-Analyse nur einen Teil des verwendeten Aktionsrepertoires sozialer Bewegungen erfasst und im Zuge einer möglichen Professionalisierung sogar zunehmend einen immer geringeren Teil der möglichen Handlungen:

„One problem with conventional protest analysis is that, as a method for measuring political contention, it is too ‚protest-centric‘. If we are to take seriously the argument that protest has become a routine and conventional action form in contempo-

rary societies, it is no longer self-evident that data which are limited strictly to protest events are good indicators for the level of contention.” (Koopmans und Statham 1999: 205)

Da die PE-Analyse nur ein beschränktes Spektrum kollektiver Handlungen von sozialen Bewegungen erfasst, können vor allem keine Aussagen zu Veränderungen des Aktionsrepertoires gemacht werden. Während Koopmans und Statham die Erhebungseinheit wegen der Selbstbeschränkung dieses Verfahrens in den Blick nehmen, gilt die gleiche Kritik auch der genutzten Quelle. Bestimmte Formen von Handlungen tauchen in Zeitungen nicht auf, da sie hinter verschlossenen Türen stattfinden oder weniger öffentlichkeitswirksam sind und keine Medienresonanz hervorrufen.²⁰ Der Blickwinkel der PE-Analyse, eingeschränkt durch die Erhebungseinheit und die Quelle, wirft kein Licht auf bestimmte Formen des verwendeten Handlungsrepertoires sozialer Bewegungen. Wir können die gängige PE-Analyse in zweifacher Hinsicht erweitern. Zunächst kann der Protestbegriff so ausgeweitet werden, dass auch andere Handlungsformen in die Analyse integriert werden. Zweitens kann man überprüfen, welchen Einfluss die Nutzung einer weiteren Quelle auf die Darstellung der Handlungsformen hat. Als erweiterte Quelle wurden transkribierte Experteninterviews genutzt, in denen die Akteure selbst ihr Handlungsspektrum beschreiben.

Bezieht man weitere Handlungen ein, dann können wir bei Nutzung der gleichen Quelle Zeitung 25 verschiedene Handlungsformen voneinander unterscheiden. Wir erheben zusätzlich die Ankündigungen von Protestereignissen, die aufgrund der Definition eines Protestereignisses normalerweise nicht erfasst werden. Weitere Handlungen sind die Weitergabe von Informationen an die Presse und Lobbying. In der Tabelle 3 ist sichtbar, dass die Zahl der Handlungsereignisse durch den Einbezug dieser weiteren Handlungsformen auf 101 angestiegen ist. Dies geht vor allem auf Presseinformationen (N = 47) zurück. Des Weiteren kündigen Akteure Protestereignisse über die Presse an (N = 9), die dann selbst nicht unbedingt als Protestereignisse in der Presse erwähnt werden. Die Akteure tauchen also in der Zeitung genauso oft namentlich auf, da sie erfolgreich Pressearbeit betrieben haben, wie sie erwähnt werden, da sie protestiert haben.²¹

20 Sicherlich ist der Hinweis berechtigt, dass auch nur solche kollektiven Handlungen von Belang sind, die ein Interesse der Medien hervorrufen. Dies mag für einen Teil kollektiver Handlungen richtig sein. Dennoch beziehen sie sich nicht alle auf die Herstellung einer Medienöffentlichkeit, sondern es gibt andere Formen der Einflussnahme und der Rationalisierung staatlichen Handelns.

21 Dies kann jedoch hier auch an der bewegungsfreundlichen Presse der Tageszeitung liegen.

Tabelle 3: Strategien und Handlungsformen in Zeitung und Interview

Handlungsform	Zeitung	Interview
1. Öffentlichkeitsarbeit		
Appelativ/prozedural	79	27
Offener Brief	3	2
Artikel	5	
Praktischer Naturschutz	4	2
Öffentliche Stellungnahme	1	6
Beschwerde	3	3
Einwendung	2	2
Strafanzeige	1	
Klage	6	2
Pressekonferenz	3	2
Infoveranstaltung	2	3
Podiumsdiskussion	1	1
Flugblätter	1	
<i>Ankündigung Meldung</i>	<i>1</i>	
<i>Ankündigung Beschwerde</i>	<i>1</i>	
<i>Ankündigung Klage</i>	<i>5</i>	<i>2</i>
<i>Presseinformation</i>	<i>47</i>	<i>8</i>
Demonstrativ/konfrontativ	21	14
Versammlung	1	
Symbolische Aktion	2	1
Erörterungstermin	1	3
Demonstration	4	2
Gründung eines Bündnisses	1	2
Störung eines Events	2	
Morddrohung	1	
<i>Ankündigung Demonstration</i>	<i>2</i>	
2. Einflussnahme		
Lobbying	1	13
Interne Informationsweitergabe		11
Gesamt	101	65

Um weitere Informationen zu den Aktivitäten der Bewegungsakteure zu erhalten, wurden fünf Organisationen (Förderkreis Rettet die Elbe, Nabu-Hamburg, Bund-Hamburg, Bund-Deutschland und BirdLife European Community Office) ausgewählt, halbstandardisierte Experteninterviews mit diesen Akteuren der unterschiedlichen Ebenen durchgeführt und die Interviews anschließend transkribiert.²² Durch die Nutzung einer weiteren Quelle können Selektionsmechanismen der Presse besser kontrolliert werden. In der rechten Spalte sind die Häufigkeiten der Handlungsereignisse aufgelistet, die in

22 Für nähere Informationen zu den Interviews siehe den Anhang.

Interviews erwähnt wurden. Legen wir die engere Handlungskategorie zugrunde, erhalten wir bei 26 erwähnten Protestereignissen 13 Aktionsformen der in Tabelle 1 aufgelisteten 19 Handlungsformen. Nutzen wir den erweiterten Handlungsbegriff, dann erhalten wir 17 von nun 26 Handlungsformen bei insgesamt 65 Handlungsereignissen. Die Ankündigungen fallen hier weg, da ein Interview natürlich den Nachteil hat, zu einem bestimmten Zeitpunkt geführt worden zu sein, während die Inhaltsanalyse einer Zeitung einen Zeitverlauf betrachtet. Eine zusätzliche Handlungsform ist die Weitergabe von Informationen zwischen Akteuren, die erst durch den Einbezug der Quelle Interview auftaucht. Die zwei Handlungsformen Lobbying und Informationsweitergabe sind in der rechten Spalte stark vertreten: Sie machen gemeinsam etwa 37 Prozent der gesamten Handlungsereignisse aus.

Nachdem das Handlungsrepertoire in diesem Fall besser durch die Kombination beider Quellen dargestellt wird, soll nun nachgeprüft werden, wie sich das Repertoire auf die Akteure der Ebenen verteilt.²³ Bei der erweiterten Tabelle 4 zeigen sich einige deutliche Unterschiede, nicht nur in Bezug auf die Breite des Handlungsrepertoires, sondern ebenfalls hinsichtlich der Handlungsformen, die von den Akteuren genutzt werden. Bei den lokalen Akteuren machen Presseinformationen mit 37 Prozent den größten Anteil der Handlungsformen aus. Appellative und demonstrative Handlungen bilden zusammen einen Anteil von 93 Prozent, während nur 7 Prozent der Handlungen aus Lobbying oder interner Informationsweitergabe bestehen. Bei den nationalen Akteuren haben Lobbying und Informationsweitergabe einen Anteil von bereits 34 Prozent des gesamten genutzten Handlungsrepertoires. Appellative und demonstrative Handlungsformen bilden einen Anteil von 67 Prozent. Bei den europäischen Akteuren, die erst durch den Einbezug von Interviews in der Tabelle 4 erscheinen, sind Lobbying und Informationsaustausch 63 Prozent aller Handlungsformen. Die Daten zeigen also die Tendenz an, dass Lobbying für die jeweils höheren Ebenen wichtiger sein könnte.

Zusammenfassend kann man für den untersuchten Fall sagen, dass lokale Akteure für den Großteil der Handlungsereignisse verantwortlich sind und dabei das breiteste Aktionsrepertoire nutzen. Sie wollen vor allem die Öffentlichkeit mobilisieren und sind stark an der Aufklärung der BürgerInnen beteiligt. Die nationalen Akteure haben ein moderateres und engeres Aktionsrepertoire. Bei den europäischen Akteuren ist vor allem Lobbying und die Weitergabe von Informationen wichtig. Sie üben direkten Einfluss auf die Politik in Brüssel aus. Diese Handlungsform und europäische Akteure tauchen erst durch die Erweiterung der Erhebungseinheit und durch die Quelle des Inter-

23 Interview und Zeitung werden hier zusammengefasst dargestellt. Dies erlauben die sehr ähnlichen Verteilungen der appellativen und demonstrativen Ereignisse in Zeitung und Interview. Fasst man die appellativen und demonstrativen Ereignisse zusammen (Zeitung: N = 46 und Interviews: N = 31) ergibt sich bei den Interviews ein Anteil an den appellativen Handlungen von 55 Prozent und an den demonstrativen von 45 Prozent. Bei den Zeitungen entfallen 59 Prozent auf die moderaten und 41 Prozent auf die demonstrativen Ereignisse.

views auf. Die Strategien der Akteure unterscheiden sich auf den unterschiedlichen Ebenen.

Tabelle 4: Strategien und Handlungsformen der lokalen, nationalen und europäischen Akteure

Handlungsform	Akteur Lokal	Akteur National	Akteur Europäisch	Akteur Gesamt
1. Öffentlichkeitsarbeit				
Appellativ/prozedural	89 (68%)	15 (63%)	2 (9%)	106
Offener Brief	3	2		5
Artikel	5			5
Praktischer Naturschutz	5	1		6
Öffentliche Stellungnahme	5	1	1	7
Beschwerde	5	1		6
Einwendung	4			4
Strafanzeige	1			1
Klage	5	3		8
Pressekonferenz	3	1	1	5
Infoveranstaltung	5			5
Podiumsdiskussion	2			2
Flugblätter	1			1
<i>Ankündigung Meldung</i>		<i>1</i>		<i>1</i>
<i>Ankündigung Beschwerde</i>	<i>1</i>			<i>1</i>
<i>Ankündigung Klage</i>	<i>7</i>			<i>7</i>
<i>Presseinformation</i>	<i>48</i>	<i>6</i>	<i>1</i>	<i>55</i>
Demonstrativ/konfrontativ	32 (25%)	1 (4%)	2 (18%)	35
Versammlung	1			1
Symbolische Aktion	2		1	3
Erörterungstermin	4			4
Demonstration	6			6
Gründung eines Bündnisses	3			3
Störung eines Events	2			2
Morddrohung	1			1
<i>Ankündigung Demonstration</i>	<i>2</i>			<i>2</i>
2. Einflussnahme				
Lobbying	6 (5%)	3 (13%)	4 (36%)	13
Interne Informationsweitergabe	3 (2%)	5 (21%)	3 (27%)	11
Gesamt	130 (100%)	24 (100%)	11 (100%)	165

4.2. Die Analyse der Ebenenbezüge: Interdependenzen der Bewegungsakteure

Die Beschreibung des Handlungsrepertoires der Bewegungsakteure auf den unterschiedlichen Ebenen gibt noch keine Antwort auf die Frage, ob dies mit der Existenz einer europäisierten Bewegung im Zusammenhang steht. Die oben konzeptionalisierte europäisierte Bewegung verweist auf die Bedeutung der Verbindungslinien zwischen den Ebenen, die auf unterschiedliche Weise hergestellt werden können. Die Bestimmung des Handlungsraumes der Akteure auf den jeweiligen Ebenen durch Handlungen kann anhand der Variablen Mobilisierungsraum, Ansprechenebene und Problemebene dargestellt werden.²⁴ Der Mobilisierungsraum, der hier durch die Kooperation von Akteuren unterschiedlicher Ebenen bestimmt wird, soll aufgrund der zu geringen Fallzahl nicht berücksichtigt werden. Die Variable Problemebene wurde aufgrund der Schwierigkeit, eindeutige Codes zuzuweisen, nicht erhoben. Lediglich die Variable Adressat wurde für Bestimmung des Handlungsraumes genutzt.²⁵

Tabelle 5: Lokale, nationale und europäische Adressaten der lokalen, nationalen und europäischen Akteure

Ebene des Akteurs	Ebene des Adressaten			Gesamt
	Lokal	National	Europäisch	
Lokal	108 78/30	10 4/6	12 6/6	130
National	6 2/4	11 7/4	7 2/5	24
Europäisch	1 0/1	3 1/2	7 0/7	11
Gesamt	115	24	26	165

Feld unten links: Adressaten in Quelle Zeitung
 Feld unten rechts: Adressaten in Quelle Interview
 Fett: Adressaten aus Interview und Zeitung

Insgesamt 165 Handlungsereignisse der Akteure sprechen eine der drei unterschiedenen Ebenen an. In der jeweils unteren Zeile stehen die Werte unterschieden nach Zeitung (erster Wert) und Interview (zweiter Wert). Es lässt sich erkennen, dass Werte nicht nur in der Zelldiagonale von links oben nach rechts unten auftreten. Dies wäre der Fall, wenn lokale Akteure lediglich die lokale Ebene ansprechen, nationale Akteure nur die nationale Ebene und europäische Akteure die europäische Ebene und damit Bewegungen wären, die durch die gestrichelten Linien im Schaubild gekennzeichnet werden.

24 Vgl. Rucht (2000).

25 Für Beispiele siehe den Anhang.

Anhand der Bestimmung des Kappa-Koeffizienten können wir die Abweichungen von der Zelldiagonale rechnerisch bestimmen (Bortz und Lienert 1998). Die Summe der Häufigkeiten der Hauptdiagonale gibt die konkordanten Werte an, die Häufigkeiten außerhalb der Diagonale gibt die diskordanten Werte an. Bei $Kappa = 1$ wären keinerlei Interdependenzen vorhanden, bei $Kappa = 0$ sind die Werte in den Feldern zufällig verteilt. In diesem Falle könnte man nicht behaupten, dass ein lokaler Akteur nur auf lokaler Ebene seinen Handlungsraum wahrnimmt. Je mehr sich der Kappa-Koeffizient dem Wert Null nähert, desto eher kann von Interdependenzen der Ebenen gesprochen werden. Die Berechnung des Kappa-Koeffizienten für die Werte der Handlungsereignisse ergibt $K = 0,436$. Da der Wert nicht 1 ist, können wir davon ausgehen, dass die Akteure nicht nur auf ihren jeweils eigenen Ebenen handeln.

Im ersten Teil der Datenanalyse haben wir anhand der Protestereignis-Analyse die genutzten Handlungsformen betrachtet. Durch eine zweifache Erweiterung (Quelle und Erhebungseinheit) konnte das Handlungsrepertoire der Akteure auf der lokalen, nationalen und europäischen Ebene erfasst werden. Wie oben bemerkt, muss dies noch nicht darauf verweisen, dass es eine europäisierte Bewegung gibt. Da die erfassten Handlungen mehr Informationen enthalten als lediglich die Form, können die Verbindungslinien zwischen den Ebenen berücksichtigt werden. Die Tabelle 5 zeigt solche Verbindungen der Ebenen durch die Bestimmung des Adressaten auf. Akteure der ökologischen Bewegung verweisen jedoch auf den für sie als relevant erkannten Handlungsraum nicht nur durch Handlungen. Durch argumentative Bezüge auf eine andere Ebene kann diese Ebene in den eigenen Handlungsraum integriert werden. Durch Hinweise auf Kompetenzen und Aktivitäten von Akteuren auf anderen Ebenen kann der Handlungsraum breiter gestaltet werden. Ein lokaler Akteur kann durch den Verweis auf eine europäische Institution einen Ebenenbezug herstellen, indem er beispielsweise die Anrufung des Europäischen Gerichtshof androht. Eine europäische Umweltorganisationen stellt einen Ebenenbezug her, indem sie lokale Gruppen als wichtige Experten identifiziert und so deren Ansehen im Kampf um Kollektivgüter steigert. Die Interviews wurden hinsichtlich solcher argumentativen Ebenenbezüge analysiert. Die Erhebungseinheit in den Interviews sind Statements.²⁶

Insgesamt 176 argumentative Bezüge und Handlungsbezüge konnten anhand der Interviews festgestellt werden. Der Kappa-Koeffizient, den man durch den Einbezug argumentativer Ebenenbezüge auf Grundlage der Interviews erhält, beträgt $K = 0,160$.²⁷ Für den betrachteten Fall geben auch die in den Interviews durch argumentative Verweise und Handlungsbezüge gebildeten Handlungsräume Aufschluss über die Existenz einer europäisierten Bewegung. Der Kappa-Wert ist bei Nutzung der Erhebungseinheit

26 Für nähere Beispiele siehe ebenfalls den Anhang.

27 Eine Gewichtung der Interviews hat keinen Einfluss auf den Wert des Kappa-Koeffizienten. Die Überrepräsentation der lokalen Gruppen hat also keinen Einfluss auf die Ergebnisse.

„Statement“ niedriger im Vergleich zur Erhebungseinheit „Handlungsereignis“. Die Akteure stellen also stärker durch argumentative Bezüge als durch konkrete Aktivitäten einen europäischen Handlungsraum her.

Tabelle 6: Lokale, nationale und europäische Akteure und die durch Argumentation und Handlung einbezogenen Ebene

Ebene des Akteurs	einbezogene Ebene			Gesamt
	Lokal	National	Europäisch	
Lokal	59	23	33	115
National	10	13	13	36
Europäisch	7	6	12	25
Gesamt	76	42	58	176

Es bietet sich demnach an, die Interviews hinsichtlich weiterer Verknüpfungen seitens der Akteure zu analysieren. Die Protestereignisanalyse kann Ebenenbezüge erfassen, die durch das Mobilisierungsniveau, den angesprochenen Adressaten oder durch Kooperation hergestellt werden. Der Ebenenbezug ist durch die vorgegebene Analyseeinheit jedoch aktionslastig. Da gerade die unterschiedlichen Aktionsformen einer Erklärung bedürfen, ist es fraglich, ob sich das im ersten Teil vorgestellte Vorgehen dazu eignet. Die Analyse von Interviews, bei der Handlungen *und* argumentative Bezüge betrachtet werden, scheint ein geeignetes Vorgehen darzustellen, um eine europäisierte Bewegung in der vorgestellten Konzeption zu erfassen. Es wird so der Schwerpunkt auf die von den Akteuren *wahrgenommenen* Handlungsräume gelegt und ihr Handeln in den Kontext einer europäisierten Bewegung eingeordnet.

Die vorgestellten Daten zeigen, dass man das Konzept einer europäisierten Bewegung fruchtbar empirisch umsetzen kann. Auch wenn die Daten die These der Existenz einer europäisierten Bewegung aufgrund ihrer zu geringen Fallzahl nicht bestätigen können, haben die Ergebnisse zumindest die These nicht widerlegt. Es konnte hier also lediglich ein Weg angedeutet werden, der weitere empirische Forschung lohnen würde. Die PE-Analyse veranschaulicht durch die Nutzung eines erweiterten Handlungsbegriffs, dass die Akteure unterschiedliche Handlungsrepertoires haben. Von einer Arbeitsteilung zwischen den Ebenen kann aber nicht gesprochen werden, solange nicht deutlich ist, dass interdependente Bezüge bestehen. Vor allem das Verfahren der Analyse mehrerer Ebenen scheint die argumentativen Bezüge und die Handlungsbezüge als Ausdruck der Bestimmung eines Handlungsraumes zu erfassen und so den durch die Ebenenakteure konstruierten Handlungsraum sichtbar zu machen.

5. Das Mehrebenenspiel und die Rolle der Akteure

Wie die Analyse gezeigt hat, gibt es Interdependenzen zwischen den Akteuren der verschiedenen Ebenen. Die ökologischen Akteure nutzen aber unterschiedliche Handlungsformen, um sich an der Gestaltung der Naturschutzpolitik zu beteiligen. Während die lokalen/regionalen Akteure das klassische Handlungsrepertoire der ökologischen Bewegung in seiner Breite nutzen, findet in Brüssel fast ausschließlich Lobbying statt. Ein Blick in die Interviews zeigt, dass die Akteure dabei nicht nur sehr gut über die fachlichen und politischen Grundlagen auf allen Ebenen Bescheid wissen, sondern auch genau die Aktivitäten der Akteure auf den anderen Ebenen kennen. Die Arbeitsteilung der Akteure auf den verschiedenen Ebenen soll nun anhand von Eindrücken aus den Experteninterviews veranschaulicht und so versucht werden, die Rollen der Ebenenakteure zu charakterisieren.

Die *europäischen Akteure* betreiben fast nur Lobbying. Sie waren bei der Erstellung der Richtlinien maßgeblich beteiligt und legen immer wieder Listen von Vogelschutz- und FFH-Gebieten vor. Damit geben sie den Verantwortlichen auf europäischer Ebene die Instrumente in die Hand, um gegen die Mitgliedsstaaten vorzugehen. Die Nationalstaaten treten nämlich nicht nur als Vertreter subnationaler Interessen auf, sondern können auch der erfolgreichste Verhinderer neuer Regelungen sein, die im Einverständnis subnationaler Akteure und europäischer Politik durchgesetzt werden sollen. Ein Beispiel der Umgehung nationalstaatlicher Souveränität ist die im März 2000 von BirdLife vorgelegte Liste der „Important Bird Areas“ (IBAs). In einer Selbstdarstellung von BirdLife beschreibt die Organisation ihre Rolle folgendermaßen:

„Through ECO (European Community Office, A.Z.), BirdLife seeks to influence the development of the policy and legislation of the European Union through the consultative mechanisms of the European Commission and in close co-operation with the European Parliament and the Council of Ministers. ECO also follows cases in the European Court of Justice and advises BirdLife partners on the enforcement and implementation of the European law.“²⁸

Vor allem der direkte Kontakt zu europäischen PolitikerInnen und die Einmischung in die Politikgestaltung, aber auch die Unterstützung nationaler Partnerorganisationen bei der Durchsetzung sind die vorrangigen Aktivitäten dieses europäischen Akteurs.

Eine wichtige Funktion der *lokalen Akteure* ist, dass sie zunächst die einzigen sind, die über Informationen verfügen. Wie es ein europäischer Beamter der Generaldirektion XI für Umwelt in der Kommission ausdrückt:

„Immer weniger können wir als einzelne Behörde alle fünfzehn Mitgliedsstaaten bei der Einhaltung des europäischen Umweltrechts überwachen, ... die Brüsseler

Umweltbeamten versuchen vor allem deswegen die Umweltschützer verstärkt in die Kontrolle der Gesetze einzubeziehen, weil diese meist viel besser über die Probleme vor Ort informiert sind.“²⁹

Durch die Betreuung von Schutzgebieten und durch die Arbeit von ehrenamtlichen Ornithologen haben die lokalen Umweltgruppen zunächst ein begrenztes, nur ihnen zugängliches Wissensmonopol. Sie sind diejenigen, die als erste die Alarmglocken läuten, sobald ein Schutzgebiet beeinträchtigt wird oder ein von ihnen betreutes Gebiet noch nicht in die Schutzliste aufgenommen ist. Wie eine Vertreterin des europäischen Dachverbandes BirdLife sagt:

„The local groups are kind of controllers and it is very important to have these groups because they are our eyes and ears on the ground. In the same way that the commission here does not know what is happening, we do not know what is happening on the ground unless somebody tells us. It is very important for the commission to have the NGOs give them information also.“³⁰

Die Rolle der lokalen Akteure besteht also daraus, mit Argusaugen über die Gebiete und die Einhaltung der europäischen Normen zu achten. Wie jede Charakterisierung enthält dieses Bild jedoch nicht alle Aspekte ihres Handelns. So ist zum Beispiel in Hamburg der BUND maßgeblich dafür verantwortlich gewesen, die Bevölkerung und sogar PolitikerInnen aufzuklären, dass es ein europäisches Naturschutzrecht überhaupt gibt.

„Viele Abgeordnete, gerade auf lokaler Ebene, die weigern sich schlichtweg zu glauben, dass europäisches Recht geltendes Recht ist. Das glauben die einfach nicht. Da haben wir hier in Hamburg Pionierarbeit geleistet.“³¹

Wie Materialien der BUND-Bundesgeschäftsstelle und die Homepages des BUND und Nabu zeigen, sind es vor allem die Landesverbände, die sich mit den Richtlinien beschäftigen. Es ist reichhaltiges Informationsmaterial auf Landesebene vorhanden und Vorschlagslisten von Gebieten sind in allen Bundesländern durch die Kooperation von verschiedenen Gruppen entstanden.

Während die lokalen Gruppen zunächst das Wissensmonopol haben, fehlen ihnen teilweise die Mittel, um bundesweit oder europaweit auf ihre Naturschutzinteressen aufmerksam zu machen. Die *nationalen Akteure* sind hier eine Art Sammelstelle für Informationen. Sie werden von ihren lokalen und regionalen Gruppen versorgt. Im Austausch können sie den lokalen Gruppen die Ressourcen öffentliche Aufmerksamkeit und Geld zur Verfügung stellen. Die Verantwortlichkeiten für den direkten Schutz von Ge-

29 Tageszeitung vom 27.12.1996.

30 Interview mit Claire Papazoglou (BirdLife European Community Office) vom 5.4.2001. Siehe den Anhang.

31 Interview mit Uwe Westphal (Nabu Hamburg) vom 28.2.2001. Siehe den Anhang.

bieten weisen sie den lokalen Gruppen zu. Ansonsten übermitteln sie Informationen nach Brüssel und nehmen dort an Expertentreffen teil.

6. Ausblick

Hat sich parallel zur politischen Gemeinschaft Europäische Union eine demokratische Schubkraft durch das Entstehen europäischer Bewegungen entwickelt? Die vorliegende Arbeit hat versucht, ein theoretisches und methodisches Konzept vorzustellen, und ist dieser Frage exemplarisch für den Bereich der Naturschutzpolitik nachgegangen. Die Naturschutzpolitik bietet sich an, da sich hier zunehmend Kompetenzen auf die Europäische Union verlagert haben. Die konventionellen Handlungsformen in Brüssel lassen auf den ersten Blick eher demokratiefeindlich und von ihrer Basis entfremdete Vertreter kollektiver Interessen erkennen und die Existenz einer europäisierten Bewegung verneinen. Dennoch protestieren Akteure innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens weiter. Haben sich die europäischen Akteure von ihrer (Legitimität stiftenden) Basis abgekoppelt und agieren sie nur noch als professionelle Verbände oder gibt es doch noch wichtige Unterschiede, die sie als Teil einer Bewegung kennzeichnen? Die Frage nach einer europäischen Bewegung ist bisher in einer problematischen Form gestellt worden, da sie das Konzept nationaler sozialer Bewegungen umstandslos auf neue politische Bereiche zu übertragen versucht oder im Hinblick auf transnationale Kontexte vorschnell auf den Speicher der Geschichte stellt. Um die Frage nach europäisierten Bewegungen zu beantworten, dürfen wir nicht von einer Verlagerung nationaler oder lokaler Phänomene auf die europäische Ebene, und damit deren Auflösung, ausgehen. Bereits für den Nationalstaat wurde die lokale Ebene als ein wichtiger Teil der nationalen Bewegungen zu meist ignoriert oder eine Strukturgleichheit nationaler und lokaler Gruppen unterstellt.

In der vorgestellten Perspektive sollte Altbekanntes und neu Entstandenes in einem Konzept vereint werden. Damit kann eine europäisierte Bewegung untersucht werden, die bisher weder theoretisch noch empirisch in dieser Form erfasst wurde. Europäisierte Bewegungen umschließen Transformationen des kollektiven Handelns auf allen Ebenen. Stellen die Akteure Zusammenhänge zwischen der lokalen, nationalen und europäischen Ebene her, so können wir von einer europäisierten Bewegung sprechen.

Die empirischen Analysen, die hier nur beispielhaft das Konzept einer europäisierten Bewegung angewendet haben, zeigen, dass der Konflikt „Natura 2000“ für Bewegungsakteure auf allen Ebenen wichtig ist. Dabei nutzen die Akteure unterschiedliche Aktionsformen, die erst durch die Erweiterung der Erhebungseinheit und der Datenquelle sichtbar werden. Die zusätzliche Analyseeinheit „Statement“ verdeutlicht den Zusammenhang der unterschiedlichen Handlungen auf den Ebenen. Die Akteure kennzeichnen insgesamt einen europäischen Handlungsraum durch ihre Aktionen und/oder durch argumentative Bezüge auf diesen Raum. Die Interviews haben zudem gezeigt,

dass Akteure jeweils anhand unterschiedlicher Rollen das Thema Naturschutz auf die politische Bühne bringen. Die lokalen Akteure bewachen mit Argusaugen die Schutzgebiete und können als erste Alarm schlagen, wenn das Schutzgebietenetz an einer Stelle durchschnitten werden soll. Die nationalen Akteure verfügen über die Ressourcen, an lokalen Brennpunkten unterstützend zu intervenieren und tragen die Informationen von den vielen lokalen Gruppen weiter. Die Brüsseler Gruppen haben enge Kontakte zu den Verantwortlichen in der Politik und wirken durch gezielte Einflussnahme darauf hin, den lokalen und nationalen Gruppen die rechtlichen und politischen Grundlagen zu schaffen, auf denen diese agieren können.

Die gegenseitige Abhängigkeit der Ebenenakteure ermöglicht es, dass diese mit unterschiedlichen Handlungsformen auf Naturschutzpolitik Einfluss nehmen können. Ob diese Charakterisierung der Rollen sich auch auf andere Konflikte der Umwelt- und Naturschutzpolitik oder weitere Politikbereiche der Europäischen Union übertragen lassen, können nur zusätzliche empirische Forschungen zeigen. Mit dem vorgestellten Konzept einer europäisierten Bewegung kann *Politik* und *Politik mit anderen Mitteln* angemessener erfasst werden als dies mit dem Verständnis einer europäischen Bewegung und den bisher genutzten Verfahren möglich war. Die Erweiterung des Bewegungsbegriffs auf Akteure aller Ebenen und die Berücksichtigung der interdependenten argumentativen und direkten Handlungen soll ein Vorschlag sein, Europa wieder auf den Boden zurückzuholen.

Anhang

1. „Tageszeitung“

Vollerhebung der Tageszeitung (mit Lokalteil Hamburg) vom 1. September 1997 bis 31. August 2000: 237 Artikel mit Stichwort „Mühlenberger*“ und Artikel mit Stichwort „FFH-Richtlinie“, „Habitat“ und „Vogelschutzrichtlinie“. Alle Artikel, die ein Protestereignis oder ein Handlungsereignis enthielten, wurden vercodet und archiviert.

Protestereignis/Handlungsereignis

Es wurde die Definition eines Protestereignisses aus Rucht et. al. (1992) übernommen. Auch viele weitere Vercodungsregeln entlehnte ich diesem Codebuch. Die breitere Kategorie des Handlungsereignisses fasst lediglich sämtliche, ansonsten in der Zeitung zu findenden Handlungsformen zusammen und ist kein systematischer Katalog.

Variablen

(Auswahl)

Handlungsform: Beschreibt die genutzte Form der kollektiven Handlung.

Level: Beschreibt das breiteste Mobilisierungsniveau des kollektiven Akteurs. Es wird jeweils die breitere Ebene angegeben, z.B. wenn ein lokaler und ein nationaler Akteur zusammen agieren, wird das Mobilisierungslevel „National“ vercodet.

Adressat: Beschreibt die Ebene, die vom kollektiven Akteur angesprochen wird.

Beispiel: *Der „Förderkreis rettet die Elbe“ organisierte zusammen mit dem BUND Deutschland eine Demonstration vor dem Hamburger Rathaus.* Für dieses Protestereignis würde die Handlungsform „Demonstration“ vercodet werden, das Level „National“ und der Adressat „Lokal/Regional“.

2. Interviews

Vollerhebung der in den Zeitungsartikeln erwähnten nationalen und europäischen Organisationen. Bei den lokalen Akteuren wurden die drei am häufigsten erwähnten Akteure ausgewählt. Telefoninterviews mit fünf Umwelt- und Naturschutzgruppen anhand eines Interviewleitfadens

Interviewleitfaden

Der Interviewleitfaden setzt sich aus zwei Fragenkomplexen zusammen. Zunächst wurde nach den Aktivitäten im Fall des Mühlenberger Lochs (bzw. allgemeiner nach den Aktivitäten bei Eingriff in Schutzgebiete) gefragt. Danach wurde allgemein nach den Handlungsmöglichkeiten, den Aktionsformen, den angesprochenen Ebenen und den Kooperationspartnern gefragt. Der zweite Fragenkomplex bezog sich auf Aktivitäten im Bereich der Durchsetzung der EU-Richtlinien. Es wurde nach den Handlungsspielräumen, die diese Richtlinien eröffnen oder auch nicht, nach den Aktionsformen und den Kooperationspartnern gefragt. Da sich ein Fragenkomplex auf die EU bezieht, kann es möglich sein, dass die Bedeutung der EU überschätzt wird und es einen methodologischen Artefakt produziert. Da den Akteuren jedoch die Möglichkeit gegeben wurde, lediglich ihren eigenen Handlungsraum zu betonen, gehe ich davon zunächst nicht aus.

Erhebungseinheit

Statements sind Narrationen, die weniger als einen Satz, aber auch mehrere Sätze umfassen können. In der Narration gibt es einen Akteur (der erzählende Akteur selbst oder der von ihm erwähnte Akteur), der etwas gemacht hat, macht, machen wird oder etwas machen sollte/nicht machen sollte, machen kann oder nicht machen kann. Die Narration besteht also aus mindestens einem Akteur und einer Handlung/Nicht-Handlung. Sie bezieht sich dabei auf den zu untersuchenden Konflikt und erzählt nicht beispielhaft von einem anderen Konflikt. Erläuternde Sätze, die eine Handlung/Nicht-Handlung dem Zuhörer nur erklären und genauere Informationen bieten, sind keine eigenen Statements und werden nicht gezählt, sondern sie sind Teil des Statements. Das Wissen um die Akteure/Handlungen steht dabei im Zentrum; es ist ein Wissen, das der Erzähler nicht selbstverständlich hat. Er hat also entweder selbst gehandelt oder die Handlung/Nicht-Handlung eines anderen in Erfahrung gebracht oder er kennt die Handlungen durch seine, ihm eigene Routine. Der Akteur muss eindeutig einer Ebene zugeordnet werden können. Wichtiges Merkmal einer Narration muss sein, dass die Narration handlungsrelevant ist, d.h. der Erzähler stellt eine Verbindung der Narration zu seinem eigenen Handeln her. Dies kann geschehen durch die vier Ks: Kompetenz, Kooperation, Konflikt und Kenntnis.

- a) Kompetenz: „Die Konflikte spielen sich vor Ort ab und deswegen sind da die Landesverbände mit beschäftigt.“ – Ein nationaler Akteur weist lokalen Akteuren Kompetenzen zu.

- b) Kooperation: „We act as an intermediary between our national partners and the Commission ... we get information from our partners ... and then we go to the Commission.“ - Ein europäischer Akteur verweist auf die Zusammenarbeit mit nationalen Akteuren.
- c) Konflikt: „Wir haben bei der EU-Kommission Beschwerde eingelegt.“ – Ein lokaler Akteur spricht eine europäische Institution an, um zu protestieren.
- d) Kenntnis: „Erst fünf Klagen vor dem EuGH hat es bedurft, dass der Naturschutz so weit ist wie jetzt, und Deutschland ist immer noch mit an letzter Stelle.“ – Ein lokaler Akteur weiß um die Klagen des EuGH. Hier ist ein zweites Statement enthalten: Der Vergleich mit den anderen europäischen Ländern ist ebenfalls die informierte Herstellung eines Bezugs.

Interviewte Organisationen

- Förderkreis Rettet die Elbe, Interview am 12.2.2001 mit Herbert Nix (Vorsitzender). Der Verein wurde vor 20 Jahren gegründet. Nix ist Mitgründer; ca. 10 Personen ehrenamtlich aktiv. Themen: Umwelt- und Naturschutz im Raum der Elbe.
- Nabu-Hamburg, Interview am 28.2.2001 mit Dr. Uwe Westphal (Referent für Arten- und Biotopschutz). Westphal ist seit 1987 beim Nabu Hamburg und seit 1990 in dieser Position. Nabu Hamburg hat 8155 Mitglieder (Jahresbericht Nabu 2000).
- BUND Hamburg, Interview am 7.2.2001 mit Manfred Braasch (Landesgeschäftsführer). Der Landesverband wurde als letzter in Westdeutschland 1980 gegründet (www.bund.net). Er hat 1906 Mitglieder (Jahresbericht BUND 1997).
- BUND Deutschland, Interview am 16.3.2001 mit Kerstin Oerter (Naturschutzreferentin). Es handelt sich um eine föderal organisierte Umweltorganisation.
- BirdLife European Community Office (ECO), Interview am 5.4.2001 mit Claire Papazoglou (EU Policy and Advocacy Officer). Dachverband vom Naturschutzbund Deutschland. Das Büro beschäftigt sich mit der Umweltpolitik der EU-Kommission. Es wurde 1993 in Brüssel eingerichtet.

Bibliographie

- Blühdorn, Ingolfur (1995): Campaigning for nature. Environmental pressure groups in Germany and generational change in the ecology movement. In: Ingolfur Blühdorn, Frank Krause und Thomas Scharf (Hrsg.): *The green agenda. Environmental politics and policy in Germany*. Keele, Staffordshire: Keele University Press, S. 167-222.
- Bortz, Jürgen und Gustav A. Lienert (1998): *Kurzgefaßte Statistik für die klinische Forschung. Ein praktischer Leitfaden für die Analyse kleiner Stichproben*. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag, S. 265-279.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1997): *Natura 2000. Schutz, Pflege und Entwicklung des europäischen Naturerbes*. Bonn.
- Callies, Christian und Bernhard Wegener (Hrsg.) (1992): *Europäisches Umweltrecht als Chance. Die Umweltpolitik der EG und die Einflußmöglichkeiten der Umweltverbände*. Taunusstein: Blottnet.
- Carmin, JoAnn (1999): Voluntary associations, professional organisations and the environmental movement in the United States. In: Rootes, Christopher (Hrsg.): *Environmental politics*. London: Frank Cass, S. 101-121.
- Eder, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. *Berliner Journal für Soziologie* 10, 2:167-184.
- Eder, Klaus (2001): Chancenstrukturen für Bürgerbeteiligung und Protestmobilisierung in der EU. Überlegungen zu einigen Besonderheiten transnationaler Streitpolitik. In: Klein, Ansgar, Ruud Koopmans und Heiko Geiling (Hrsg.): *Globalisierung, Partizipation, Protest*. Opladen: Leske + Budrich, S. 45-75.
- Giering, Claus und Christian Jung (1999): Reform der Europäischen Union. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa-Handbuch*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 424-444.
- Golub, Jonathan (1998): Global competition and EU environmental policy. In: Ders. (Hrsg.): *Global competition and EU environmental policy*. London: Routledge, S. 1-33.
- Hey, Christian und Uwe Brendle (1994): *Umweltverbände und EG. Strategien, politische Kulturen und Organisationsformen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Imig, Doug und Sidney Tarrow (2000): Political Contention in a Europeanising Polity. *West European Politics* 23, 4: 73-93.
- Kitschelt, Herbert (2000): Landscapes of political interest mediation. Social Movements, interest groups and parties in the early twenty-first century. *mimeo*.
- Kitschelt, Herbert P. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science* 16, 1: 57-85.

- Koopmans, Ruud (1995): *Democracy from Below. New Social Movements and the Political System in West Germany*. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.
- Koopmans, Ruud und Dieter Rucht (1999): Introduction to special issue. Protest Event Analysis – where to now? *Mobilization* 4, 2: 123-130.
- Koopmans, Ruud und Paul Statham (1999): Political claims analysis. Integrating protest event and political discourse approaches. *Mobilization* 4, 2: 203-221.
- Kriesi, Hanspeter et.al. (1995) *New social movements in Western Europe. A comparative analysis*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Marks, Gary und Doug McAdam (1999): On the relationship of political opportunities to the form of collective action. The case of the European Union. In: Della Porta, Donatella, Hanspeter Kriesi und Dieter Rucht (Hrsg.): *Social movements in a globalizing world*. London: Macmillan Press, S. 97-111.
- Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1998): *Schutz des Europäischen Naturerbes in Nordrhein-Westfalen. FFH- und Vogelschutzgebiete. Worum geht es? 18 Fragen, 18 Antworten*. Düsseldorf.
- Passy, Florence (1999): Supranational political opportunities as a channel of globalization of political conflicts. The case of the rights of indigenous peoples. In: Della Porta, Donatella, Hanspeter Kriesi und Dieter Rucht (Hrsg.): *Social Movements in a globalizing world*. New York: St. Martin's Press, S. 148-169.
- Roose, Jochen (2002): Nationale Umweltorganisationen und der lange Weg nach Brüssel. Über die Europäisierung der deutschen und britischen Umweltbewegung. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Roth, Roland (1994): Lokale Bewegungsnetzwerke und die Institutionalisierung von neuen sozialen Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 413-436.
- Rucht, Dieter (1998): Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: Schmidt, Josef: *Verbände*. München: Oldenburg Verlag, S. 104-114.
- Rucht, Dieter (1999): The transnationalization of social movements. Trends, causes, problems. In: Della Porta, Donatella, Hanspeter Kriesi und Dieter Rucht (Hrsg.): *Social movements in a globalizing world*. London: Macmillan, S. 206-222.
- Rucht, Dieter (2000): Zur Europäisierung politischer Mobilisierung. *Berliner Journal für Soziologie* 10, 2: 185-202.
- Rucht, Dieter (2001): Lobbying or Protest? Strategies to influence EU environmental policies. In: Imig, Doug und Sidney Tarrow (Hrsg.): *Contentious Europeans*. Lanham: Ml. Rowman& Littlefield, S. 125-142.
- Rucht, Dieter, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher (1992): *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat, Codebuch)*. Wissenschaftszentrum Berlin.

- Rucht, Dieter, Ruud Koopmans und Friedhelm Neidhardt (Hrsg.) (1998): *Acts of Dissent. New developments in the study of protest*. Berlin: Edition Sigma, WZB.
- Rucht, Dieter und Thomas Ohlemacher (1992): Protest event data. Collection, uses and perspectives. In: Diani, Mario und Ron Eyerman (Hrsg.): *Studying collective action*. London: Sage, S. 76-106.
- Rucht, Dieter und Jochen Roose (2001): Von der Platzbesetzung zum Verhandlungstisch? Zum Wandel von Aktionen und Struktur der Ökologiebewegung. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*. Frankfurt/M.: Campus, S. 173-210.
- Tilly, Charles (1986): *The Contentious French*. Cambridge: Harvard University Press.
- Wessels, Wolfgang (1999): Das politische System der EU. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa-Handbuch*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 333-352.

Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“
des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

- P 01-701 Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess
Hanspeter Kriesi
- P 01-702 Conflict and Consonance in Media Opinion: Political Positions of
five German Quality Newspapers
Christiane Eilders
- P 02-701 Wie die Löffelente bis nach Brüssel kam - oder: Wie sucht man
nach europäischen Bewegungen? -
Annika Zorn

Das Arbeitspapier kann bestellt werden/The discussion paper can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1,12 €-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen „Coupon-Réponse International“ (Internationaler Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapieren per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei. Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen – wie auch dem WZB – auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1,12 €-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipments costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one “Coupon-Réponse International” (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.